

PAPERS

JOCHEN WEICHOLD

**GEGEN ALLE
MACHTBLÖCKE**

**DIE GRÜNEN, DER OST-WEST-KONFLIKT
UND DIE DEUTSCHE FRAGE**

IMPRESSUM

PAPERS 4/2019

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: Oktober 2019

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gegen alle Machtblöcke

Die Grünen, der Ost-West-Konflikt und die deutsche Frage

30 Jahre nach dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) und drei Jahrzehnte nach dem Ende der Blockkonfrontation lohnt es sich, einen Blick zurück auf diese Ereignisse und auf die daran beteiligten politischen Kräfte zu werfen. Im Folgenden soll es um die Partei Die Grünen gehen, die Entwicklung ihrer Positionen zum Ost-West-Konflikt und zur darin eingebetteten deutschen Frage. Dabei ist die Positionierung der Grünen nur adäquat nachzuvollziehen, wenn man das generelle Politikverständnis der Akteure dieser Partei berücksichtigt.

«Wir sind weder rechts noch links, sondern vorn!»,¹ lautete das Credo, mit dem sich Die Grünen als «Alternative zu den herkömmlichen Parteien»² Ende der 1970er Jahre präsentierten und sich quer zum bestehenden Parteiensystem in der BRD verorteten. Mit gleicher Radikalität postulierten sie in ihrem Saarbrücker Bundesprogramm von 1980 ihre Gegnerschaft zu den sogenannten Industriegesellschaften in Ost und West: «Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht.»³ Die Partei machte sich für einen ökologisch-humanistisch-pazifistischen dritten Weg stark. «Die Grünen wollen [...] weder die Wachstums-, Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik des Kapitalismus noch die irgendeines <real existierenden Sozialismus>»,⁴ hieß es denn auch in einem Beschluss ihres Dortmunder Parteitags im Juni 1980. Und im Sofortprogramm der Grünen «Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau» vom Januar 1983 wurde festgestellt: «Zur Verwirklichung einer ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Wirtschaft haben sich

¹ Einer der Exponenten der Westberliner Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL), der Jurist und Politologe Roland Vogt, vertrat die Auffassung: «Die alternative Bewegung in der Bundesrepublik hat nur eine Chance, wenn sie das alte Rechts-Links-Schema überwindet und sich um neue Problemlösungen bemüht.» (Die Neue, Berlin [West], 14.6.1979) Und der Mitbegründer der Grünen, Herbert Gruhl, betonte in diesem Zusammenhang, «wir Grünen stehen weder rechts noch links, sondern vorn, dort wo die Zukunft ist» (zit. nach: Süddeutsche Zeitung, 8.10.1979).

² Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn 1980, S. 4.

³ Ebd., S. 5.

⁴ Beschluss der Bundesversammlung der Grünen am 22. Juni 1980 in Dortmund (hektografiertes Manuskript).

sowohl die kapitalistischen als auch die sogenannten real-sozialistischen Gesellschaftssysteme als untauglich erwiesen: beide Systeme sind Varianten einer entfremdeten Fabrik- und Bürogesellschaft, die sich an zerstörerischem industriellen Wachstum ausrichtet.»⁵

Die Grünen und der Ost-West-Konflikt

Nach diesem Raster positionierten sich Die Grünen auch im Ost-West-Konflikt. Sie sprachen sich «grundsätzlich gegen die Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt durch Kriegshandlungen» aus,⁶ da der Krieg mit der Einführung atomarer Waffensysteme eine völlig neue Dimension erreicht habe: Er «ist durch die Möglichkeit der mehrfachen Vernichtung der ganzen Erde zum reinen Mord an Völkern und zum Verbrechen am Leben überhaupt geworden».⁷

Die Partei plädierte daher für «einseitige Abrüstung» und für eine «soziale Verteidigung». Letzteres bedeute, «dass sich die Gesellschaft in der Bundesrepublik so organisiert und umorientiert (in Richtung auf Zivilcourage, Widerstand, alternative und dezentrale Strukturen), daß einer aggressiven fremden Macht von vornherein deutlich wird, daß der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastung als Machtzuwachs und Gewinn bringen würde.»⁸ Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht müsse «mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes»,⁹ einhergehen. Die Grünen forderten sowohl den Verzicht auf die Produktion und Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen (wie Pershing II und Cruise Missiles) als auch die Abschaffung der Warschauer-Pakt-Mittelstreckenraketen (wie SS 20).¹⁰ Petra Kelly, die damalige Sprecherin (Vorsitzende) der Bundespartei Die Grünen, sah 1980 eine «besondere Verantwortung» der beiden deutschen Staaten für die europäische Sicherheit. Die deutschen Staaten hätten das Grundinteresse, einen

⁵ Die Grünen: Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung am 15./16. Januar 1983 in Stuttgart-Sindelfingen, Bonn 1983, S. 6. – Eine ähnliche Formulierung findet sich auch im grünen Bundestagswahlprogramm 1987. Vgl. Die Grünen: Bundestagswahlprogramm 1987, Bonn 1986, S. 49.

⁶ Die Grünen: Das Bundesprogramm, S. 5.

⁷ Ebd., S. 19.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Vgl. ebd.

Krieg im Keim zu verhindern, denn: «Beide deutsche Staaten wären als erste vom Krieg betroffen oder – bei geostrategisch geringer Kriegsintensität – schweren Zerstörungen ausgesetzt.»¹¹

Bereits der Vorläufer der Öko-Partei, die «Sonstige Politische Vereinigung (SPV) – Die Grünen» hatte sich in ihrem Programm für die Europawahl 1979 dafür ausgesprochen, dass der Frieden «zum Leitwert aller europäischen Politik» werden müsse, und eine «allmähliche Überwindung der aus der Zeit des kalten Krieges stammenden Militärblöcke» gefordert. Damit würde die Grundlage geschaffen, «um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden».¹² In diesem Kontext sprach sich die SPV – Die Grünen für das Verbot der Produktion und Lagerung von ABC-Waffen, gegen eine westeuropäische Atomstreitmacht und für waffenfreie Zonen in West- und Osteuropa aus.¹³

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre war die dominierende grüne Weltsicht vom «Supermächte»-Raster geprägt und von der «Exterminismus»-Theorie des britischen Sozialhistorikers Edward P. Thompson stark beeinflusst.¹⁴ Die Grünen bezogen daher im Ost-West-Konflikt zumeist eine Position der Äquidistanz sowohl zum östlichen wie zum westlichen Paktsystem. Nur durch Emanzipation von den beiden «Supermächten» – so ihre damalige Meinung – könne das Leben der Menschen in Europa erhalten werden. Hintergrund dafür war die Auffassung, dass beide Paktsysteme gleichermaßen für das Entstehen von Konfliktherden in der Welt und das Anheizen des Wettrüstens Verantwortung trügen, dass sie gleichermaßen einen Kampf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte führen würden. Die Öko-Partei attackierte in derselben Weise den Einmarsch der UdSSR in Afghanistan wie die Großmachtspolitik der USA in diesem Raum, wobei sie der Sowjetunion die Schuld an der

¹¹ Kelly, Petra: Moskauer Vertrag und grüne Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1980, S. 914.

¹² Die Grünen: Alternative für Europa. Plattform zur Europawahl '79. Das Programm der Sonstigen Politischen Vereinigung «Die Grünen», o. O., o. J. [Bonn 1979], S. 13. – Dieser Satz wurde im Bundesprogramm von 1980 wiederholt. Vgl. Die Grünen: Das Bundesprogramm, S. 19.

¹³ Vgl. Die Grünen: Alternative für Europa, S. 13.

¹⁴ Die «Exterminismus»-Theorie wurde in den 1980er Jahren unter Grünen und Umweltschützern in der westlichen Hemisphäre – von Großbritannien über die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland bis nach Australien – breit diskutiert und rezipiert. Thompson behauptete, UdSSR wie USA würden als Staatssysteme einen Militär-Industrie-Komplex verkörpern und seien gleichermaßen «Kernländer des Exterminismus» (der Politik zur Ausrottung der Gattung Mensch). Vgl. Thompson, E. P.: Notes on Exterminism, the Last Stage of Civilisation, in: New Left Review 121, London 1980, S. 23, 25 u. 30 f. In ihnen würde mithin ein Selbstvernichtungsdrang wirken. Die historisch gewachsenen Kernwaffenarsenale der USA und der Sowjetunion würden ihre Besitzer beherrschen und sie zu selbstmörderischem Handeln veranlassen. Infolge ihrer Militarisierung seien sich bereits «die antagonistischen Gegner, die einander wie Ringer in die nuklearen Arme schließen, immer ähnlicher geworden». Thompson, E. P.: The Heavy Dancers, London 1985, S. 171.

Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bzw. für die Verschärfung der Spannungen in der Welt insgesamt gaben.¹⁵

In diesem Kontext wurde im grünen Lager die Idee einer «alternativen Entspannungspolitik in der Perspektive der Blockunabhängigkeit Europas» entwickelt. In einem Diskussionspapier der Westberliner Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) schrieben Peter Brandt, Jochen Esser und andere: «Alternative Entspannungspolitik heißt, positiv an den Grundelementen des Gewaltverzichts bei zwischenstaatlichen Konflikten und an der Abrüstung festzuhalten und auf eine neue Weltwirtschaftsordnung zu orientieren.»¹⁶ Die Verfolgung weiter gehender Ziele, insbesondere das nach einem blockunabhängigen Europa, schließe das Eintreten für konkrete politische Ziele nicht nur nicht aus, sondern sei oft die entscheidende Voraussetzung dafür. So würden die Verhinderung der NATO-«Nach-»Rüstung ebenso wie die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen in Europa ihren politischen Stellenwert erst dadurch erhalten, dass sie Bestandteile einer weiter gehenden Politik seien.¹⁷

Doch aufgrund der politisch-ideologischen Heterogenität der Mitglieder der jungen grünen Partei waren auch die Positionen in den außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht einheitlich. Die unterschiedlichen Standpunkte führten dazu, dass in einigen Dokumenten der Partei sich widersprechende Passagen nebeneinander standen. So wurde im «Friedensmanifest» der Grünen, das auf der Bundesdelegiertenversammlung der Partei im Oktober 1981 in Offenbach am Main verabschiedet worden war, einerseits zu Recht ausgesagt, dass es seit dem Zweiten Weltkrieg stets die USA gewesen seien, die das «Rüstungskarussell» angetrieben hätten und zu Beginn der 1980er Jahre das Ziel des «Totrüstens» der UdSSR verfolgten.¹⁸ Andererseits wurde aber zugleich erklärt: «Wir Grünen sind in unserem Engagement gegen die NATO-Aufrüstung weit davon entfernt, in der Sowjetunion einen Hort des Friedens zu sehen. Die sowjetische Militärmacht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereichs dominiert. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist diese Militärmacht geeignet zur *Eroberung*. Das militärische Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die *Absicherung* des eigenen Machtbereichs durch seine

¹⁵ Vgl. Die Grünen, Pressedienst, Bonn, 23.2.1980.

¹⁶ Brandt, Peter/Esser, Jochen: Perspektiven einer blockunabhängigen Außenpolitik, in: Moderne Zeiten 10, Hannover 1982, S. 54.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl. Bundesvorstand der Grünen (Hrsg.): Friedensmanifest, Bonn o. J., S. 6.

Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen.»¹⁹ Die sowjetische SS-20-Rakete stelle eine «verstärkte Bedrohung Westeuropas» dar.²⁰ Sie liefere den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördere somit den Rüstungswettlauf.²¹

Hingegen wies Petra Kelly im April 1983 die These von der «angeblichen neuartigen Bedrohung durch 1.000 sowjetische SS-20-Raketen» zurück und erklärte: «Die Pershing-2-Stationierung ist durch die sowjetischen SS-20-Raketen nicht begründbar.»²² Auch die damalige Landesvorsitzende der Grünen von Baden-Württemberg und spätere Fraktionssprecherin der Partei im Bundestag, Marieluise Beck-Oberdorf, widerlegte die Mär von einer sowjetischen Überlegenheit und wies darauf hin, dass nicht die Dislozierung der SS-20, sondern die Stationierung der neuen US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen eine neue strategische Situation schaffen würde. Rainer Trampert, damals einer der drei gleichberechtigten Sprecher (Parteivorsitzenden) der Grünen, betonte auf der außerordentlichen Bundesversammlung der Partei im Juni 1983, dass im Kampf für Frieden und Sicherheit Forderungen nach einseitiger Abrüstung des Warschauer Vertrages davon ablenken würden, dass die Hauptgefahr von der Stationierung neuer US-Atomraketen in der BRD ausgehe. Er erklärte, dass Die Grünen die Hauptgefahr nicht in einer allgemeinen Blockkonfrontation sehen würden, sondern in der besonders aggressiven Nuklearpolitik der NATO im Rahmen der Überlegungen, einen begrenzten Atomkrieg führen zu können.²³

In der Wahlplattform der Partei zur Bundestagswahl am 6. März 1983 unter dem Titel «Lasst die Republik ergrünen!» benannten Die Grünen unter Verweis auf ihr «Friedensmanifest» von 1981 drei Grundsätze «einer aktiven, europäischen Friedenspolitik»: Blockunabhängigkeit, Abrüstung und Neutralität. Als notwendige Schritte schlugen sie den Verzicht auf Produktion und Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen und die Abschaffung aller vorhandenen Mittelstreckenraketen in Ost und West vor. Sie traten (langfristig)²⁴ für die Schaffung «einer

¹⁹ Ebd., S. 7 f.

²⁰ Vgl. ebd, S. 8.

²¹ Vgl. ebd.

²² Kelly, Petra: «Der Ersteinsatz von Atomwaffen ist völkerrechtswidrig.» Die Antwort auf die Stellungnahme der beiden Politiker Alois Mertes und Georg Leber zum Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe, in: Frankfurter Rundschau, 29.4.1983.

²³ Vgl. UZ – Unsere Zeit, 6.6.1983.

²⁴ Ludger Volmer merkte mit Blick auf das «Friedensmanifest» an: «Wenn man die Struktur des angemahnten Abrüstungsprozesses analysiert, kommt man zu dem Ergebnis, daß er nur langfristig verstanden werden kann.»

waffenfreien Zone in Ost- und Westeuropa» und für ein Verbot der Produktion und Lagerung atomarer, chemischer und biologischer Waffen ein. Sie schlugen weltweite Abrüstungsschritte, ein Verbot des Waffenhandels und die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung mit dem Ziel vor, «alle festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen durch konkrete und durchführbare Vorschläge zu Ergebnissen zu bringen».²⁵

Auf ihrer außerordentlichen Bundesversammlung am 3./4. März 1984 in Karlsruhe verabschiedeten Die Grünen eine Erklärung zur Europawahl am 17. Juni 1984 mit dem Titel «Global denken – vor Ort handeln!», in der es hieß, dass Mitte der 1980er Jahre die Situation in Europa durch «verschärfte politische Spannungen zwischen rivalisierenden Blöcken und deren militärischen Vernichtungspotentialen» gekennzeichnet sei.²⁶ Die Öko-Partei verlangte sofortige Abrüstungsmaßnahmen, neue Abrüstungskonzepte, die auch kalkulierte einseitige Vorleistungen einschließen müssten, ein von ABC-Waffen freies Europa, die sofortige Einberufung einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz und die «Überwindung der militärischen Blöcke».²⁷

Im Verlauf vor allem der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde dann die «Supermacht»-These zunehmend relativiert. Sie scherte die gewaltigen militärischen, ökonomischen und politischen Potentiale der UdSSR und der USA undifferenziert über einen Kamm und machte beide «Supermächte» gleichermaßen für die Auseinandersetzungen in der Welt verantwortlich. Im Kontext der Forderung nach «Blocküberwindung» erhielt der Ansatz vor allem eine Stoßrichtung gegen die USA und die NATO. Dies resultierte aus der damals in den Grünen und in den Umweltorganisationen an Gewicht gewinnenden Einschätzung, dass die Politik der UdSSR unter dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf effektive Schritte zur Gesundung der internationalen Lage und auf den Abbau von Konfrontation zielte, während die mit dem militärisch-industriellen Komplex verbundenen Kreise der USA und der NATO erreichte Abrüstungsschritte durch Modernisierung und

Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis. Eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Außenpolitik, Münster 1998, S. 86.

²⁵ Vgl. Die Grünen: Lasst die Republik ergrünen!, Bonn 1983, S. 1.

²⁶ Vgl. Global denken – vor Ort handeln! Erklärung der Grünen zur Europawahl am 17. Juni 1984, Bonn 1984, S. 5.

²⁷ Vgl. ebd., S. 12.

Neuentwicklung von Waffensystemen kompensieren wollten und so Spannungen in der Welt aufrechterhielten.

Führende Vertreter*innen der Grünen begrüßten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die von der Sowjetunion unterbreiteten Abrüstungsvorschläge, so die von Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU 1986 vorgebrachte Initiative für dauerhaften Frieden und Abrüstung, die einen Stufenplan für die völlige Befreiung der Welt von allen Atomwaffen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts umfasste. Die Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen erklärten, dass mit dieser Initiative «von sowjetischer Seite nunmehr ein Katalog von Angeboten vorliegt, die geeignet sind, nicht nur die herrschende Aufrüstung zu bremsen, sondern auch tatsächlich zu wirksamer und weltweiter Abrüstung zu gelangen».²⁸

Die Grünen setzten sich in ihrem Programm zur Bundestagswahl 1987 für eine *schrittweise* Herauslösung der BRD aus der NATO ein, weil diese «die Aufrüstungsspirale stetig vorangetrieben hat und vorantreibt [...]. Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließliche Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist nicht reformierbar.»²⁹

In diesem Wahlprogramm prangerten Die Grünen einerseits die westliche, insbesondere US-amerikanische «Un-Sicherheitspolitik» an, «die unter Berufung auf «militärisches Gleichgewicht» oder sogar im Streben nach Überlegenheit eine schrankenlose Aufrüstung betreibt und den Krieg in Europa wieder führbar und gewinnbar machen will. Die USA versuchen derzeit, militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erreichen. Ihr Ziel ist es, die Sowjetunion soweit unter Druck setzen zu können, daß sie bei US-Eingreif-Operationen in der Dritten Welt stillhält.»³⁰ Andererseits schien in diesem Dokument weiterhin das «Supermächte»-Raster auf und waren Nachklänge an die «Exterminismus»-Theorie vernehmbar, wenn es wenige Zeilen später hieß: «Die Sowjetunion, aus Gründen ihrer inneren Militarisierung ebenso in der Rüstungsdynamik befangen, strebt nach vermeintlichen Gleichgewichten und will sich für Rüstungskontrollverhandlungen möglichst starke Positionen sichern. Die sowjetische Aufrüstung mit SS-20 und mit den neuen Kurzstreckenraketen SS-21, 22, 23, die von der Sowjetunion als Antwort auf die westliche

²⁸ Die Grünen im Bundestag, Pressemitteilung Nr. 134, Bonn, 26.2.1986.

²⁹ Die Grünen: Bundestagswahl-Programm 1987, Bonn 1986, S. 31.

³⁰ Ebd., S. 26.

Stationierung ausgegeben wird, hat dies deutlich gezeigt.»³¹ Keineswegs zu Unrecht wurde festgestellt: «Auch die Sowjetunion betreibt Macht- und Drohpolitik. Ihre Intervention in Afghanistan ist ein deutliches Beispiel dafür.»³²

Daher müssten sowohl die USA als auch die UdSSR Zielobjekt einer systemneutralen bzw. «blockübergreifenden» Friedensbewegung sein. Resultierend aus dem oben kurz skizzierten Konzept der «Sozialen Verteidigung» propagierten Die Grünen das «massenhafte Auftreten» einer «block- und staatenunabhängigen Friedensbewegung» und versuchten, derartige Bewegungen in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus (einschließlich in der DDR) zu fördern: «Unsere Politik der einseitig-unabhängigen Abrüstung», hieß es in ihrem Programm zur Bundestagswahl 1987, «setzt bewußt auf eine Friedenspolitik von unten, das heißt auf den Druck unabhängiger Basisbewegungen auf die Regierungen in Ost und West.»³³ Hier ordnete sich auch die spektakuläre Aktion auf dem Alexanderplatz in Berlin (Ost) ein, bei der die grünen Mandatsträger Petra Kelly, Gert Bastian, Lukas Beckmann, Roland Vogt und Gaby Potthast am 12. Mai 1983 Transparente mit den Slogans «Schwerter zu Pflugscharen» und «Jetzt anfangen: Abrüstung in Ost und West» entrollten.³⁴

In diesem Kontext folgten Die Grünen – wie der spätere Bundesvorstandssprecher Ludger Volmer rückblickend schrieb – einer Doppelstrategie: «Entspannungspolitik auf der staatlichen Ebene, Unterstützung von Oppositionsgruppen auf der nichtstaatlichen».³⁵ In dem Sinne hatte die AG Berlin- und Deutschlandpolitik der AL in ihren «25 Thesen für eine Grüne Deutschlandpolitik» vom Frühjahr 1983 gefordert: «Gespräche mit der Regierung der DDR müssen der Unterstützung der Friedensbewegung der DDR dienen und deren Bewegungsraum vergrößern.»³⁶ Die Historikerin Regina Wick konstatierte allerdings, dass «die aktive

³¹ Ebd.

³² Ebd.

³³ Ebd., S. 32.

³⁴ Vgl. Volmer: Die Grünen und die Außenpolitik, S. 230.

³⁵ Volmer, Ludger: Dirk Schneider, in: taz – die tageszeitung, 22.10.1991.

³⁶ Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz: 25 Thesen für eine Grüne Deutschlandpolitik, vorgelegt von der AG Berlin- und Deutschlandpolitik in der AL Berlin für die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hannover, 4.–5. Juni 1983 (unter Mitarbeit von Thomas Flügge, Arno Nickel, Werner Stanglmeier, Uwe Tietz, Jürgen Tribowski, Roland Wahl und Walter Ulbricht, Berlin (West) 1983, S. 7.

Zusammenarbeit mit den Bürgerrechtsgruppen eine Minderheitenposition» in der grünen Partei blieb.³⁷

Im Frühjahr 1989 versuchte der sogenannte realpolitische Flügel der Grünen mit Blick auf eine mögliche Beteiligung an einer SPD-geführten Bundesregierung zu Beginn der 1990er Jahre, die Position der Partei zur NATO zu revidieren.³⁸ Im Auftrag führender «Realo»-Politiker*innen schrieben Wolfgang Bruckmann und Jürgen Schnappertz, zwei Mitarbeiter des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion der Grünen, ein Grundsatzpapier, in dem sie gleichermaßen vor einem linken wie vor einem rechten Nationalismus warnten und «eine prinzipielle Absage an die Strategie einseitiger Abrüstung» formulierten. Dagegen hoben die Autoren wegen der Funktion der Einbindung der BRD in die westlichen Integrationsstrukturen NATO und Westeuropäische Union (WEU) die «friedenssichernde» Rolle der NATO sowie deren Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik hervor.»³⁹

Dieser Vorstoß provozierte in der Partei zum Teil heftige Gegenreaktionen. Die grüne Bundestagsabgeordnete Petra Kelly warnte vor einer «Sozialdemokratisierung» der Grünen und erklärte: «Niemand innerhalb der grünen Partei» verlange den Austritt aus der NATO «über Nacht». Doch müsse die Debatte geführt werden, «um ein blockunabhängiges Europa aufzubauen». Kurz zuvor hatte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Angelika Beer, die dem linken Parteiflügel zugerechnet wurde, noch einmal betont: «Die NATO ist nicht nur aktuell, sie ist strukturell abrüstungsunfähig durch ihren Grundkonsens (glaubwürdiger militärischer Abschreckung). Wir kommen auf dem Gorbatschowschen Abrüstungsweg nur weiter, wenn wir hiermit brechen und auf die einseitigen Schritte des Ostens mit weitgehenden eigenen Abrüstungsschritten antworten. Der Militärpakt NATO ist ein Anachronismus.»⁴⁰

³⁷ Wick, Regina: Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 27. – Wick stellt diese Aktivität der von den Grünen breit getragenen Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR gegenüber: «Während die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR von einer breiten Mehrheit in der Partei getragen wurde, blieb die aktive Zusammenarbeit mit den Bürgerrechtsgruppen eine Minderheitenposition.» Ebd.

³⁸ Vgl. Bannas, Günter: Grüne Realpolitiker heben Bedeutung der westlichen Allianz hervor, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 29.3.1989.

³⁹ Bruckmann, Wolfgang/Schnappertz, Jürgen: Wie Realos ihren Frieden mit der NATO machen wollen. Oder: Warnungen vor einem linken Nationalismus/Überlegungen zu einem außen- und friedenspolitischen Konzept der Grünen, in: Frankfurter Rundschau, 20.4.1989, S. 12.

⁴⁰ Beer, Angelika/Kaiser, Reinhard: 40 Jahre Nordatlantikpakt oder: Über die Unfähigkeit abzurüsten, in: Das Parlament, 17.2.1989.

Eine analoge Position vertraten Die Grünen in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990, das auf der Außerordentlichen Bundesversammlung der Partei im Frühjahr 1990 in Hagen angenommen worden war. Die Veränderungsprozesse in Europa, konstatierten Die Grünen, «bieten heute mehr als vor zehn Jahren eine Chance, nicht kleinlaut, sondern engagiert an die Verwirklichung einer neuen Friedensordnung heranzugehen».⁴¹ Die «wahnsinnigen militärischen Hochrüstungen der Paktsysteme», ihre zum Krieg führende Logik der waffenstarrten Verteidigung, müssten gebrochen werden. «Mit dem politischen Zerfall des Warschauer Paktes und der Abrüstungspolitik Gorbatschows stellt sich uns die dringende Aufgabe, auch die NATO zu einseitigen Abrüstungsschritten zu zwingen.»⁴² Ziel müsse eine Auflösung der Militärbündnisse und die völlige Entmilitarisierung Europas sein.⁴³

Die Öko-Partei plädierte erneut für eine «Strategie einseitiger Abrüstungsschritte» und schrieb: «Wenn in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung einseitiger Abrüstung die NATO-Mitgliedschaft der BRD zur Diskussion steht bzw. die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so sind wir zum Bruch mit der NATO bereit. Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließliche Aufhebung dieses Militärpakts unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen.»⁴⁴ Friedenspolitik könne nicht auf der Basis von Militärblöcken betrieben werden.⁴⁵ Nach den Vorstellungen der Grünen sollte an die Stelle der konfrontativen Blockstrukturen eine «neue gesamteuropäische kollektive Struktur treten, die die Nationalstaaten zum Zwecke der Kriegsverhütung überwölbt und verbindet».⁴⁶ Die Grünen warnten in Hagen, ein neues System gemeinsamer Sicherheit in Europa dürfe nicht gegen die Sowjetunion, sondern müsse mit ihr gebildet werden. Bundeswehr und Nationale Volksarmee der DDR seien aufzulösen und ein Stufenplan für den Abzug der alliierten Truppen von deutschem Boden zu entwickeln.⁴⁷

⁴¹ Die Grünen: Bundestagswahl 1990. Das Programm, Bonn 1990, S. 18.

⁴² Ebd., S. 6 f.

⁴³ Vgl. ebd., S. 7.

⁴⁴ Ebd., S. 18/19.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 19.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 21.

⁴⁷ Vgl. Die Grünen: Deutschlandpolitische Erklärung, in: grüner basis-dienst 3/1990, Sondernummer Bundesversammlung Hagen, Bonn 1990, S. 6.

Die Grünen und die deutsche Frage in den 1980er Jahren

Die Auffassungen zum Ost-West-Konflikt beeinflussten auch die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Grünen. In dieser Frage waren sie ebenfalls bestrebt, sich als Alternative zu den etablierten Bundestagsparteien zu profilieren. Im Deutschen Bundestag erklärte Antje Vollmer im September 1984 für ihre Partei, dass sich Die Grünen «als eine deutschlandpolitische Alternative zum sogenannten Konsens aller Demokraten in der Frage der bestehenden Deutschlandpolitik» verstehen würden.⁴⁸

Die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Grünen waren keineswegs einheitlich und nicht selten widersprüchlich.⁴⁹ Dennoch existierte in der Partei ein Grundkonsens, den Annette von der Heyde in ihrer Untersuchung der Deutschlandpolitik der Grünen auf folgende Kurzformel brachte: «Ein politisches Zusammenwirken beider deutscher Staaten für den Frieden in Europa und ihre Wahrnehmung einer Mittlerposition zwischen Ost und West wurde allgemein postuliert. Deutschlandpolitik war für die Grünen in erster Linie Friedenspolitik.»⁵⁰ Friedenspolitik hatte für Die Grünen «die Priorität und dokumentierte sich in dem Streben nach deutsch-deutscher Friedenspartnerschaft», konstatierte der Historiker Heinrich Potthoff.⁵¹

Bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre trat eine Reihe führender Vertreter*innen der Grünen dafür ein, die DDR ohne Wenn und Aber anzuerkennen.⁵² Sie forderten, den entstandenen Realitäten Rechnung zu tragen – der Existenz von zwei Staaten und zwei Staatsbürgerschaften, der Grenze in der Mitte der Elbe sowie durch die Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider Staaten in Botschaften.⁵³ Herausgehobene Politiker*innen der Grünen wie Antje Vollmer setzten sich damit für die weitgehende Annahme der «vier Geraer

⁴⁸ Vollmer, Antje: Lieber als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Süddeutsche Zeitung, 14.9.1984.

⁴⁹ Vgl. Potthoff, Heinrich: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen der CDU/CSU-FDP-Koalition (Kohl/Genscher), die Diskussion in den Parteien und in der Öffentlichkeit 1982–1989, in: Materialien der Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland», 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, neun Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V.3, Baden-Baden 1995, S. 2103.

⁵⁰ Heyde, Annette von der: Deutschlandpolitik der Grünen, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 213.

⁵¹ Potthoff: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen, S. 2104.

⁵² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 16.3.1984.

⁵³ Vgl. ebd., 14.9.1984.

Forderungen» Erich Honeckers von 1980 ein.⁵⁴ Sie hielten ein «Innerdeutsches Ministerium» für einen zu beseitigenden Anachronismus⁵⁵ und verlangten die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes im Grundgesetz durch eine entsprechende Präambel-Änderung.⁵⁶ Als damaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen verwarf Otto Schily die These von einem «Fortbestehen des Deutschen Reiches» und erklärte, dieses «Deutsche Reich» sei ein «Gespenst, das nur noch in den Köpfen von Juristen und Politikern existiert und dort leider auch sein Unwesen treibt».⁵⁷

Der deutschlandpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Dirk Schneider, erklärte am 15. März 1984 in der Bundestagsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation, er halte «die völkerrechtliche Anerkennung der DDR für einen möglichen deutschen Beitrag zum Frieden, weil eine endgültige Festlegung der bestehenden Grenzen alle gefährlichen Illusionen beenden könnte, die eine Revision der bestehenden Staaten doch noch erreichen möchte. [...] Die Anerkennung der DDR ohne Wenn und Aber böte die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf einer wirklich soliden Grundlage auszubauen und damit das Geflecht von Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Menschen zu verdichten.»⁵⁸

An dieser Stelle ist ein kleiner Exkurs erforderlich: In den 1990er Jahren sahen sich Die Grünen mehrfach genötigt, sich mit ihrer «deutschlandpolitischen Vergangenheit» auseinanderzusetzen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der Tätigkeit des AL-Politikers Dirk Schneider für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) wurde ihr Eintreten für die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands und für das Eingehen auf die «vier Geraer Forderungen» – obwohl Mehrheitsposition in der Partei – als

⁵⁴ Die «vier Geraer Forderungen», die der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, in einer Rede am 13. Oktober 1980 in Gera im Namen der DDR-Führung an die Bundesrepublik Deutschland stellte, beinhalteten die vollständige Anerkennung der DDR durch die BRD, was die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften einschloss, die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft nach dem Grundsatz: zwei Staaten – zwei Staatsbürgerschaften, die Festlegung der Staatsgrenze in der Mitte der Elbe und die Auflösung der «Zentralen Erfassungsstelle für Gewaltverbrechen der DDR» in Salzgitter. Vgl. Honecker, Erich: Zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der DDR. Aus der Rede auf der Aktivtagung zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1980/1981 in Gera, 13. Oktober 1980, in: Honecker, Erich: Reden und Aufsätze, Bd. 7, Berlin (Ost) 1982, S. 431 ff.

⁵⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 14.9.1984.

⁵⁶ Vgl. ebd., 22.9.1984.

⁵⁷ Zit. nach: ebd.

⁵⁸ Dirk Schneider in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 59. Sitzung (Plenarprotokoll 10/59), Bonn, Donnerstag, den 15. März 1984, S. 4182.

ferngesteuert dargestellt.⁵⁹ Zugleich wurde diese Auseinandersetzung vom rechten Parteiflügel gegen den linken instrumentalisiert und auch genutzt, um persönliche Rechnungen zu begleichen, wie am 10. März 1994 auf einem Geschichtsforum von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn zur Deutschland-Politik der Grünen in den 1980er Jahren deutlich wurde.⁶⁰ Die Historiker Jens Gieseke und Andrea Bahr konstatieren in ihrer umfangreichen Studie «Die Staatssicherheit und die Grünen», dass es «eine Reihe von Indizien» gibt, die eine gezielte Steuerung politischer Initiativen durch das MfS «begründet vermuten lassen». Sie kommen aber insgesamt zu dem Schluss: «Die hier vorgenommene Analyse lässt erkennen, dass es eine Festlegung bzw. Lenkung der Grünen auf den von ihnen favorisierten Kurs der vollen Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, auf die Schließung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und seiner nachgeordneten Einrichtungen nicht bedurfte. Diese politischen Ziele waren vielmehr in dem ureigenen Selbstverständnis als «westdeutscheste» der westdeutschen Parteien, als postnationaler und antirevanchistischer politischer Kraft verankert und wurden vom größten Teil der Partei geteilt.»⁶¹

Dazu kommt sicherlich, dass der überwiegenden Mehrheit der damals jugendlichen Grünen die Frage einer deutschen Nation fremd war und ihnen die Toskana und die Provence lebensweltlich deutlich näher standen als die Mecklenburger Seenplatte. Der Grünen-Politiker Joschka Fischer hatte zudem in einer Entgegnung auf Brigitte Seebacher-Brandt Ende 1991 deutlich gemacht, dass es in der hier skizzierten deutschlandpolitischen Positionierung nicht um persönliches oder parteipolitisches Versagen ging, sondern «die Mehrheit der westdeutschen Linken und auch der jüngeren Generation im Westen die Einheit nicht [wollte] (der Autor gehörte dazu). Dafür gab es Gründe, die es wert sind, festgehalten zu werden. [...] Die Ablehnung der deutschen Einheit ist historisch und biographisch begründet: die Furcht vor der Wiedergeburt eines deutschen Nationalismus; die Angst vor dem Verlust an innerer Demokratie und Freiheit, falls sich der ökonomische Riese und politische Zwerg Bundesrepublik Deutschland daran macht, nunmehr auch zum politischen Riesen zu werden und, wenn nicht heute, so doch morgen oder übermorgen, seine «Weltmachtrolle» sucht.»⁶²

⁵⁹ Vgl. taz – die tageszeitung, 10.10.1991 und 25.10.1991.

⁶⁰ Vgl. taz – die tageszeitung, 4.3.1994 und 12.3.1994; Neues Deutschland, 11.3.1994 und 16.3.1994.

⁶¹ Gieseke, Jens/Bahr, Andrea: Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin 2016, S. 307.

⁶² Fischer, Joschka: Die Wichtel in der Toskana, in: Der Spiegel, 14.10.1991, S. 69.

Während Dirk Schneider also mit Vehemenz für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR eintrat, verknüpften damals andere Mitglieder der Grünen die Friedensfrage mit der nationalen Frage. Für diese «Nationalneutralisten» war die deutsche Einheit «der archimedische Punkt» einer europäischen Friedensordnung.⁶³ Derartige Kräfte arbeiteten an einem «grünen Deutschlandplan», der die Wiedervereinigung und die nationale Neutralität zum Ausgangspunkt allgemeiner Abrüstung machen wollte.⁶⁴ Ausgehend von der «uneingeschränkten Anerkennung» der DDR sollte eine Fülle von Kontakten – auch Städte-Partnerschaften – zwischen beiden deutschen Staaten gefordert werden. Dem sollten Beziehungen der beiderseitigen Ökologie- und Friedensbewegung folgen. Das Ganze sollte in eine «deutsche Konföderation» der beiden Staaten münden, die sich aus ihren jeweiligen Bündnissen zu lösen hätten.⁶⁵ Ähnliche Vorstellungen entwickelte ein Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion in den Grünen. Ihr Sprecher Rolf Stolz, der 1980/81 Mitglied des Bundesvorstandes der Partei war, rekurrierte auf Stalins Angebot von 1952, der Deutschland eine Wiedervereinigung unter neutralem Vorzeichen angeboten hatte. Stolz schlug in diesem Sinne eine «Konföderation der beiden deutschen Staaten» vor, was für ihn insbesondere den völkerrechtlichen Verzicht der BRD auf eine Revision der deutsch-polnischen Grenze implizierte.⁶⁶ Die Initiatoren derartiger Vorstellungen konnten allerdings in der grünen Partei keine Breitenwirkung erzielen, «weil der Masse der Partei ein Begriff von Nation fremd war und jede darauf bauende nationalorientierte Argumentation sich am internationalistischen Grundverständnis brach»,⁶⁷ wie der frühere Bundesvorstandssprecher Ludger Volmer 1998 analysierte.⁶⁸ Generell könne festgehalten werden, dass «die deutsch-deutschen Beziehungen

⁶³ Vgl. Wick: Die Mauer muss weg, S. 94. – Auch Annette von der Heyde schrieb in ihrer Untersuchung zur Deutschlandpolitik der Grünen, dass in den Augen der grünen Nationalpolitiker die Ost-West-Konfrontation «nur durch Überwindung der Teilung Deutschlands bewältigt werden» konnte. Vgl. Heyde: Deutschlandpolitik der Grünen, S. 211.

⁶⁴ Vgl. Volmer: Die Grünen und die Außenpolitik, S. 121.

⁶⁵ Vgl. Grüne und Alternative arbeiten an ihrem eigenen Bild von der Deutschland-Politik. Nationale Frage und Friedensfrage im Zusammenhang, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.1983.

⁶⁶ Vgl. Volmer: Die Grünen und die Außenpolitik, S. 224.

⁶⁷ Ebd., S. 225.

⁶⁸ Auch die Historikerin Regina Wick kommt zu dem Schluss: «Die Nationalneutralisten beteiligten sich vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre intensiv an den deutschlandpolitischen Diskussionen der Grünen und produzierten eine Fülle an Materialien zu dem Thema. [...] Innerhalb der Partei nahmen die Nationalneutralisten dennoch eine Minderheitenposition ein, die sich zwar durch Hartnäckigkeit und Vehemenz auszeichnete, letztlich aber wenig Resonanz fand.» Wick: Die Mauer muss weg, S. 100 f.

als Element der Ost-West-Beziehungen galten und somit unter die friedenspolitische Fragestellung subsumiert wurden».⁶⁹

Aus dem spezifischen Blickwinkel Westberlins als «Frontstadt» entwickelte die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, die ansonsten im Ost-West-Konflikt analoge Positionen wie ihre Schwesterpartei Die Grünen in der BRD bezog, ihre deutschlandpolitischen Vorstellungen. In ihrem Programm zu den Abgeordnetenhauswahlen von 1981 erklärte die AL, dass «die unnatürliche geographisch-politische Situation Westberlins» durch das Aufwerfen der «Frage der deutschen Einheit» überwunden werden müsse, zu deren Lösung die AL beitragen wolle. «Es ist selbstverständlich», hieß es im Wahlprogramm, «daß wir uns eine solche Lösung nicht als einen <preußischen Zentralstaat> vorstellen – wogegen zu Recht von Seiten unserer europäischen Nachbarn Vorbehalte bestehen. Uns geht es unter anderem um eine Einheit auf historisch gewachsener kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Ebene. Welche staatlichen und institutionellen Formen diese Einheit annehmen könnte, ist für uns offen.»⁷⁰ Alle Initiativen zur Annäherung der beiden deutschen Staaten seien Unterstützung für eine Verständigung zwischen Ost- und Westeuropa, wie umgekehrt Schritte zur Überwindung der Blockkonfrontation in Europa die deutsche Frage einer Lösung näher bringen würden.⁷¹

Die AL betonte, es genüge nicht mehr zu erklären, dass von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehen dürfe. Notwendig sei vielmehr, dass «sich beide deutsche Staaten der militärischen Konfrontation entziehen. Sie müssen Paktfreiheit anbieten. Dann können die Deutschen ohne Einmischung der Großmächte in ihrer Außen- oder Innenpolitik über die Möglichkeiten eines friedlichen Miteinander reden.»⁷² Zugleich würden Vorschläge, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, neues politisches Gewicht bekommen. «Die scharfen Kanten der Blöcke müßten bröckeln. Mit diesem Vorschlag wollen wir die Bewegung in ganz Europa für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt weiter beschleunigen.»⁷³ In diesem Sinne legte die AG Berlin- und

⁶⁹ Volmer: Die Grünen und die Außenpolitik, S. 223 f.

⁷⁰ Abrüstung jetzt – für ein blockfreies Europa (aus dem Wahlprogramm der Alternativen Liste), in: Positionen der Friedensbewegung. Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluß. Dokumente, Appelle, Beiträge, Frankfurt a. M. 1981, S. 126.

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Ebd., S. 127.

⁷³ Ebd.

Deutschlandpolitik der AL, die von einigen Politikwissenschaftlern der «national-neutralistischen Tendenz» zugeordnet wurde,⁷⁴ im Frühjahr 1983 «25 Thesen für eine Grüne Deutschlandpolitik» vor. Darin wurde die «Idee einer langfristigen Konföderation der beiden deutschen Staaten unter neutralem Vorzeichen»⁷⁵ als strategische Leitlinie bezeichnet, der die Deutschlandpolitik der Grünen folgen müsse. Allerdings sei eine staatliche Wiedervereinigung Deutschlands nur auf antiimperialistischer und demokratischer Grundlage überhaupt wünschenswert.⁷⁶

Ähnlich argumentierte Antje Vollmer Anfang 1985 in einem Interview, als sie sich für einen «Neutralismus» beider deutscher Staaten einsetzte. Beide Staaten würden geografisch und militärisch «an der zugespitztesten Stelle der Konfrontation der beiden Weltmächte» liegen. «Eine Neutralisierung dieser Blockkonfrontation und der möglichen Kriegsgefahr könnte darin liegen, daß beide deutsche Staaten militärisch aus diesen Blöcken aussteigen und damit das Zentrum eines mitteleuropäischen Sicherheitspuffers bilden.» Befürchtungen der europäischen Nachbarstaaten vor einem unberechenbaren, hegemonialen, nicht mehr in Paktsysteme eingebundenen Deutschland wären insofern gegenstandslos, als dass zwei deutsche Staaten bestehen blieben mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, in unterschiedliche Wirtschaftsgemeinschaften eingebunden und mit dem völligen Abbau offensiver Waffensysteme sowie ganz erheblich reduzierten Streitkräften. Antje Vollmer erklärte: «Im übrigen finde ich die Kopplung: Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag an einen Friedensvertrag, dem alle europäischen Länder beitreten könnten, hervorragend. Genau so muß es gehen: Abbau der militärischen (Un)sicherheitssysteme und Aufbau wirklich Frieden und Vertrauen schaffender Verträge zwischen den Völkern.»⁷⁷

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre stellten sich Die Grünen in ihrem «Bundestagswahl-Programm 1987» auf den Boden der im Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa entstandenen Realitäten: «Der Existenz zweier deutscher Staaten tragen wir durch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einerseits und die Selbstanerkennung der Bundesrepublik andererseits

⁷⁴ Vgl. Langguth, Gerd: Die Deutschlandpolitik der Grünen, in: Langner, Manfred (Hrsg.): Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei, Bergisch-Gladbach 1987, S. 431.

⁷⁵ Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz: 25 Thesen für eine Grüne Deutschlandpolitik, S. 2.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 7.

⁷⁷ «Neutralismus ist kein Schimpfwort». Ein Interview mit Antje Vollmer, der (ehemaligen) Sprecherin der Grünen, in: Die Zeit, 5.4.1985.

Rechnung. Selbstanerkennung der Bundesrepublik heißt, den Selbstbetrug gesamtdeutscher Identität zu beenden und die Herausbildung einer unabhängigen demokratischen Identität voranzutreiben. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR bedeutet die unzweideutige Aufgabe aller territorialen und staatlichen Alleinvertretungsansprüche der Bundesrepublik.»⁷⁸ In diesem Kontext verlangten Die Grünen den «endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche» und auf alle «Wieder»- oder «Neuvereinigungs»-Optionen⁷⁹ und setzten sich mit nationalistischen und revanchistischen Positionen auseinander. Der Deutsche Bundestag und die Volkskammer der DDR sollten offizielle Beziehungen aufnehmen.⁸⁰

Grünen-Politiker*innen wandten sich gegen ein «Offenhalten der deutschen Frage», forderten die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und die Auflösung des sogenannten Innerdeutschen Ministeriums der BRD.⁸¹ Der deutschlandpolitische Sprecher Henning Schierholz erklärte für seine Partei im Deutschen Bundestag: «Solange jener *deutsch-nationale Grundzug* die Deutschlandpolitik der Bundesregierung mitbestimmt, der auf der Basis einer Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 im Grunde die Eingemeindung der DDR als zwölftes Bundesland anstrebt und auf dieser Basis die Wiedervereinigung Deutschlands propagiert, bleiben alle Bekundungen von einer neuen europäischen Friedensordnung und einer Normalisierung der Beziehungen zur DDR hohl.»⁸² Ohne die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa sei weder ein normales Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten noch eine gesamteuropäische Friedenspolitik möglich. Für Die Grünen würden folgende konkrete Maßnahmen zu einer Anerkennungspolitik in den deutsch-deutschen Beziehungen gehören: die Herstellung offizieller Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR, eine den völkerrechtlichen Gewohnheiten entsprechende Regelung der Elbgrenze in der Strommitte, die Auflösung der Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter und die Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen.⁸³ «Insbesondere aber wollen wir [...]

⁷⁸ Die Grünen: Bundestagswahl-Programm 1987, S. 31.

⁷⁹ Vgl. ebd.

⁸⁰ Vgl. AP, 6.9.1987.

⁸¹ Vgl. Das Parlament 13/14, 29.3.1986, S. 5.

⁸² Henning Schierholz in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 205. Sitzung (Plenarprotokoll 10/205), Bonn, Freitag, den 14. März 1986, S. 15774.

⁸³ Vgl. ebd., S. 15774/15775.

das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 durch ein eigenes *Staatsangehörigkeitsgesetz* der Bundesrepublik Deutschland ersetzen und deshalb die Begrenzung des Art. 116 GG auf Bundesdeutsche vornehmen.»⁸⁴

Die stellvertretende parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag und deutschlandpolitische Sprecherin der Fraktion, Karitas Hensel, betonte Mitte Oktober 1987 in der Debatte nach der Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl «Zur Lage der Nation», für Die Grünen existiere das «Fossil einer gesamtdeutschen Nation» nicht mehr; sie würden von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen.⁸⁵ Und die AL-Politikerin Hilde Schramm lehnte es als Vizepräsidentin des Westberliner Abgeordnetenhauses ab, die Formel zur Wiedervereinigung zu sprechen, mit der bis dahin jede Parlamentssitzung eingeleitet worden war, und begründete dies damit, dass diese Formel «ein Relikt aus dem kalten Krieg» sei.⁸⁶

Die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz trat in ihrem Anfang Oktober 1988 beschlossenen Programm zur Wahl des Westberliner Abgeordnetenhauses für die vorbehaltlose Anerkennung der DDR und für die Respektierung deren Staatsbürgerschaft ein. Die AL verlangte in diesem Kontext die Anerkennung von Berlin (Ost) als Hauptstadt der DDR, den Verzicht auf «Neu- und Wiedervereinigungsoptionen» und den Abbau der militärischen Präsenz der Alliierten «bis auf einen symbolischen Rest».⁸⁷

Zugleich wurden nationalistische Tendenzen und Wiedervereinigungsbestrebungen in den Reihen der Grünen selbst wie in denen der AL weitestgehend zurückgedrängt. Derartige, vereinzelt auftretende Tendenzen äußerten sich in Auffassungen von einer «deutschen Zukunft» als «menschenrechtsschützende Kulturnation»⁸⁸ oder in Überlegungen, die von «einer möglichen neuen Einheit der beiden deutschen Halbstaaen» ausgingen⁸⁹ und die «die Alternative eines blockfreien, konföderierten Deutschlands – zwei Staaten mit unterschiedlichem Gesellschaftsmodell unter einem gemeinsamen Dach» entwickelten.⁹⁰

⁸⁴ Ebd., S. 15775.

⁸⁵ Vgl. Karitas Hensel in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 33. Sitzung (Plenarprotokoll 11/33), Bonn, Donnerstag, den 15. Oktober 1987, S. 2175.

⁸⁶ Vgl. Westfälische Rundschau, 27.5.1989.

⁸⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.10.1988.

⁸⁸ Vgl. Die Grünen, 11.4.1987.

⁸⁹ So Rolf Stolz in einem Leserbrief in: Die Grünen, 18.4.1987.

⁹⁰ Rolf Stolz auf der außerordentlichen Bundesversammlung der Grünen in Hannover im Mai 1986. Vgl. Protokoll der außerordentlichen Bundesversammlung in Hannover, 16.–19. Mai 1986, in: grüner basis-dienst 7–8–9/1986, Bonn 1986, Spalte 132. – Auch für die grünen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Knabe und Alfred

Federführend war hier wiederum der Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion, der mit seinem Konzept eines Friedensvertrages Optionen für eine Wieder- bzw. Neu-Vereinigung Deutschlands offenhalten und die «Ordnung von Jalta und Potsdam» überwinden wollte.⁹¹ In eine ähnliche Richtung gingen Überlegungen von Kreisen bei den Grünen, die «Überwindung der Fremdherrschaft in Mitteleuropa» und die der «Blöcke» zur Hauptaufgabe der Friedensbewegung in der nächsten Zeit zu erklären.⁹² Insgesamt handelte es sich aber um Vorstellungen, die von der Mehrheit der Grünen nicht geteilt wurden und in der Partei – wie die Diskussion um das «Bundestagswahl-Programm 1987» auf der Bundesversammlung zu Pfingsten 1986 in Hannover deutlich machte – nicht konsensfähig waren.⁹³ Bis zum Ende der 1980er Jahre waren Verfechter*innen des Gedankens eines einheitlichen Deutschlands innerhalb der Partei in eine extrem marginalisierte Position gedrängt und spielten in der innerparteilichen Diskussion zur Deutschlandpolitik praktisch keine Rolle mehr.⁹⁴

Hingegen gab es in den 1980er Jahren aus den Reihen der Grünen immer wieder Forderungen nach Abschluss eines Friedensvertrages zwischen den Alliierten und den beiden deutschen Staaten. Mit einem solchen Vertrag sollte die politische Situation in Europa entspannt werden. Bereits im November 1984, auf dem «3. Deutschlandkongress» der Grünen unter dem Thema «Die Deutschen und der Frieden», wurde ein Entwurf für einen solchen Vertrag unterbreitet. Er sah vor, beide deutsche Staaten aus ihren jeweiligen Militärsystemen zu entlassen und ihre militärischen Offensivwaffen abzubauen, um BRD und DDR zu einem «Sicherheitspuffer

Mechtersheimer war «die deutsche Frage noch nicht endgültig geschlossen». Sie wollten es «den Menschen überlassen», «ob die deutsche Nation fortbesteht oder nicht». Vgl. Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland», 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, neun Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII.2, Baden-Baden 1995, S. 1148. – In einem Thesenpapier zur deutsch-deutschen Politik der Öko-Partei zur Fraktionssitzung der Grünen am 17. Juni 1987 forderte Wilhelm Knabe, dass Die Grünen «ihre bisherige deutsch-deutsche Politik auf den Prüfstand ihres Programms und einer Analyse der gegenwärtigen Situation» stellen. Knabe legte sich in seinen Thesen nicht auf die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR fest, sondern machte deutlich, dass für ihn die deutsche Frage offen wäre. Vgl. Positionspapier des Abgeordneten Wilhelm Knabe zur Fraktionssitzung am 17. Juni 1987. Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (AGG), B.II.1, 2136. Thesen zur deutsch-deutschen Politik der Grünen im Lichte neuer Entwicklungen, in: Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990, Erster Halbband, Januar 1987 bis Dezember 1988, Düsseldorf 2015, S. 138 und 141 f. Die Thesen fanden jedoch in der Fraktion keine Mehrheit. Vgl. Knabe: Westparteien und DDR-Opposition, S. 1150.

⁹¹ Vgl. Brocke, Rudolf Horst: Deutschlandpolitische Positionen der Bundestagsparteien. Synopse, Erlangen 1985, S. 187.

⁹² Vgl. Die Grünen, 25.1.1986.

⁹³ Vgl. grüner basis-dienst 7–8–9/1986, Bonn 1986, Spalte 133.

⁹⁴ Auch die Historikerin Regina Wick stellt fest, «dass die Befürworter der Deutschen Einheit im Laufe der Jahre innerhalb der Partei immer weiter zurückgedrängt wurden». Wick: Die Mauer muss weg, S. 127.

zwischen den Blöcken» zu machen: «Alle fremden Truppen sind abzuziehen und beide deutsche Staaten werden aus den Pakten entlassen, um einem neutralen gesamteuropäischen Sicherheitssystem beizutreten. Westberlin soll ein ‹Internationaler Distrikt› werden und ein gesamteuropäisches Europa-Parlament und den neu zu schaffenden ‹Europa-Sicherheitsrat› beherbergen.»⁹⁵

1987 wurden Überlegungen mit ähnlicher Zielrichtung entwickelt, die derartige Vertragsverhandlungen in den Rahmen des KSZE-Prozesses einbinden wollten. In dem Papier der drei Bundestagsabgeordneten Waltraud Schoppe, Karitas Hensel und Wilhelm Knabe hieß es: «Die Grünen im Bundestag schlagen vor, daß die Bundesregierung die 750-Jahr-Feier Berlins zum Anlaß nimmt, im Rahmen des KSZE-Prozesses Vertragsverhandlungen anzubieten, bei denen sich die Bundesregierung verpflichten will, auf einen deutschen Nationalstaat und die Wiedervereinigung zu verzichten, Berlin (Ost) als Hauptstadt der DDR anzuerkennen, wenn gleichzeitig die politisch-juristische Bindung Berlin (West) an die Bundesrepublik, eine erhöhte Freizügigkeit auf allen Gebieten zwischen den beiden deutschen Staaten sowie eine feste Perspektive für den Abriß der Mauer vertraglich zugesichert werden. Ein solcher Vertrag könnte gleichzeitig sämtliche Verträge, die die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes definieren, und das Besatzungsregime von Berlin ersetzen.»⁹⁶ Dies waren Vorstellungen,⁹⁷ die zum damaligen Zeitpunkt wohl den meisten Zeitgenoss*innen unrealistisch erschienen.

⁹⁵ Zit. nach: Süddeutsche Zeitung, 22.9.1984.

⁹⁶ Vgl. Schoppe/Hensel/Knabe: Verzicht auf Wiedervereinigung und Abriß der Berliner Mauer, in: Die Grünen, München, 16.5.1987.

⁹⁷ In der Westberliner AL wurde in diesem Kontext insbesondere über den künftigen Status Westberlins diskutiert. Während ein von Renate Künast und Peter Lohaus erarbeitetes Papier die Zukunft Westberlins als «entmilitarisiertes elftes Bundesland» der BRD sah – bei Anerkennung von Berlin (Ost) als Hauptstadt der DDR (vgl. Die Wahrheit, 25.3.1987; Süddeutsche Zeitung, 29.5.1987), traten die dem linken Flügel der AL zuzurechnenden Autoren der «20 Thesen zu West-Berlin», darunter Dirk Schneider, Dieter Liehmann, Angelika Hirschmüller und Ellen Olms, für Autonomie und Eigenständigkeit Westberlins ein. Westberlin dürfe nicht länger zur «Hauptstadt im Wartestand» erklärt werden. Der Sonderstatus Westberlins als «ein von allen vier Mächten garantiertes Sondergebiet» müsse ernst genommen und gleichzeitig als Chance zu eigenständigem Handeln begriffen werden. Vgl. Langer Abschied von der Idee einer «Hauptstadt im Wartestand». Zwanzig Thesen zur Zukunftsperspektive der geteilten Stadt Berlin/Weg von Illusionen und Lebenslügen der Nachkriegszeit, in: Frankfurter Rundschau, 5.12.1986. Weder die genannten Dokumente, noch ein vermittelndes Papier einer Gruppe um Michael Prütz mit dem Tenor «weder elftes Bundesland noch ‹autonome Kommune›» waren allerdings in der AL mehrheitsfähig. Vgl. Die Wahrheit, 25.3.1987. Erst ein Kompromiss-Papier mit Thesen «für eine alternative Berlinpolitik» vom Sommer 1988, das nicht nur die deutsche Zweiteilung akzeptierte, sondern auch forderte, Westberlin als «11. entmilitarisiertes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland» anzuerkennen, setzte sich in der AL durch. Vgl. Volmer: Die Grünen und die Außenpolitik, S. 229 f.

Insgesamt war – wie Ludger Volmer feststellte – die Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren für Die Grünen kein Problem der Innenpolitik, sondern trug «außenpolitischen Charakter, wenn auch besonderer Art. Die deutsche Zweistaatlichkeit galt nicht nur ihnen als international stabilisierendes Element, so daß die deutsche Frage eher als Teil der Ostpolitik, denn der Einheit der Nation interpretiert wurde.»⁹⁸

Grüne Wende in der Deutschlandpolitik 1989/90

Die Lage änderte sich 1989, als sich *zum einen* in Polen mit der Übernahme der Regierung durch bürgerliche Kräfte die Götterdämmerung des «real existierenden Sozialismus» abzeichnete, *zum zweiten* Tausende DDR-Bürger durch das Loch im Zaun zwischen Ungarn und Österreich bzw. über die Prager DDR-Botschaft ihr Land verließen und schließlich *zum dritten* die Montags-Demonstranten in Leipzig statt «Wir sind das Volk!» «Wir sind ein Volk!» skandierten. Diese Entwicklung führte zu einer Wiederbelebung der deutschlandpolitischen Diskussionen nicht nur innerhalb der etablierten Bonner Parteien, sondern auch bei den Grünen. Dabei zeigten sich in dieser Frage in der grünen Partei tiefe Differenzen. Führende Vertreter*innen des sogenannten realpolitischen Flügels der Grünen gingen bei ihren politischen Zielvorstellungen davon aus, dass der «real existierende Sozialismus» historisch gescheitert sei, und plädierten offen für einen Ökokapitalismus.⁹⁹ Joschka Fischer erklärte auf dem Perspektiven-Kongress der Grünen vom 17. bis zum 19. November 1989 in Saarbrücken, dass die Menschheit nur innerhalb des Kapitalismus Überlebensstrategien konzipieren könne.¹⁰⁰

Dies hatte Rückwirkungen auf die deutschlandpolitischen Positionen des sogenannten realpolitischen Flügels der Grünen. Die damalige Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen, Ruth Hammerbacher-Richter, forderte auf diesem Kongress, die

⁹⁸ Volmer: Die Grünen und die Außenpolitik, S. 222.

⁹⁹ So zum Beispiel Joschka Fischer in seinem Buch «Der Umbau der Industriegesellschaft». Fischer schrieb, dass die zentrale Frage des 19. Jahrhunderts in den 1980er Jahren wohl definitiv entschieden worden sei: «Der Kapitalismus hat gewonnen, der Sozialismus hat verloren.» Fischer, Joschka: Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge, Frankfurt a. M. 1989, S. 58. – Eine Rezension zu diesem Buch erschien unter der Überschrift «Öko-Kapitalismus». Vgl. Vahrenholt, Fritz: Öko-Kapitalismus. Joschka Fischer denkt über den Umbau der Industriegesellschaft nach, in: Die Zeit 34, 18.8.1989, S. 20.

¹⁰⁰ Vgl. Bayernkurier, 25.11.1989.

Zweistaatlichkeitsthese über Bord zu werfen.¹⁰¹ In diesem Kontext erhielten Auffassungen, dass ein «wiedervereinigtes Deutschland» denkbar und in den Bereich des Möglichen gerückt sei, bei Teilen der Grünen – wie auch in anderen Parteien – Auftrieb. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen Alfred Mechttersheimer meinte, es sei unverständlich, wie man die Zweistaatlichkeit «als Ende der Geschichte» betrachten könne.¹⁰² Er sprach sich für ein «grünes wiedervereinigtes Deutschland» aus.¹⁰³ Und Joschka Fischer erklärte zur Frage einer «Wiederherstellung der Einheit Deutschlands»: «Wenn die wesentlichen Souveränitätsrechte der Deutschen nicht mehr in Bonn und Ostberlin liegen, sondern gemeinsam mit den Souveränitätsrechten unserer Nachbarn in Brüssel oder sonstwo ausgeübt werden, dann mag sich Deutschland wiedervereinigen, wie und mit wem es will.»¹⁰⁴

«Die deutsche Einheit neu denken!» verlangte der grüne Bundestagsabgeordnete Eckhard Stratmann, der sich selbst im linken Spektrum verordnete, in einem noch weiter gehenden Thesenpapier.¹⁰⁵ Die definitive Festlegung der Grünen auf die deutsche Zweistaatlichkeit sei «Ausdruck einer tief sitzenden Angst vor der nationalen Frage und Ausdruck ihrer Verdrängung». Stratmann appellierte an Die Grünen, sich «das Projekt der deutschen Einheit als ein linkes Politik-Projekt wiederanzueignen». Voraussetzung für «Legitimation und Bestand» einer «Neuvereinigung» sei, dass «die Bevölkerung der DDR und der BRD – nach innen und außen souverän» diesen Prozess einleiten wollen. Und schließlich schrieb Stratmann: «Jenseits der überholten Alternative NATO-Austritt oder NATO-Reform und ohne einen deutschen Sonderweg zu gehen, kann der Prozeß der deutschen Vereinigung Schrittmacherdienste für die Auflösung der Militärböcke leisten.»¹⁰⁶

Mehrheitsposition bei den Grünen blieb jedoch zunächst die Forderung an die Bundesregierung – so der Bundesvorstand der Partei am 13. November 1989 –, die Existenz der DDR (einschließlich ihrer Staatsbürgerschaft) völkerrechtlich anzuerkennen und die

¹⁰¹ Vgl. UZ – Unsere Zeit, 21.11.1989; Berliner Zeitung, 20.11.1989.

¹⁰² Vgl. DPA, 24.10.1989.

¹⁰³ Vgl. Neue Zeit 48, Moskau 1989, S. 25. – Auf einer Sitzung der Fraktion der Grünen im Bundestag am 19./20. September 1989 forderte Alfred Mechttersheimer, die Utopie eines entmilitarisierten neuen Deutschlands ohne Grenzen dürfe nicht den Rechten überlassen werden. Vgl. Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990, Zweiter Halbband, Januar 1989 bis November 1990, Düsseldorf 2015, S. 749.

¹⁰⁴ Zit. nach: Süddeutsche Zeitung, 20.11.1989. – Noch im Juli 1989 hatte Fischer die Streichung des «Wiedervereinigungsgebots» aus der Präambel des Grundgesetzes der BRD verlangt und die Forderung nach einer «Wiedervereinigung» als «eine gefährliche Illusion» bezeichnet. Vgl. UZ – Unsere Zeit, 25.7.1989.

¹⁰⁵ Vgl. Ein Grüner «denkt» die deutsche Einheit, in: Arbeiterkampf, 13.11.1989.

¹⁰⁶ Zit. nach: ebd.

«Zweistaatlichkeit der deutschen Nation als Folge des von Deutschland entfesselten zweiten Weltkriegs» festzuschreiben.¹⁰⁷ In der zweiten Oktoberhälfte 1989 setzte sich der Bundeshauptausschuss der Grünen in einer Resolution zur Entwicklung in der DDR nachdrücklich für die Respektierung der «Existenz zweier deutscher Staaten» ein und wandte sich gegen die «Neuaufgabe staatlicher Wiedervereinigungsträume». «Die rückwärtsgewandte Vorstellung eines neuen großdeutschen Nationalstaates liegt quer zur konkreten Utopie des «gemeinsamen europäischen Hauses»».¹⁰⁸ Die damalige Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Antje Vollmer, betonte im Januar 1990: «Wer die deutsche Einheit im Handstreich jetzt und auf der Stelle will, verspielt in Wahrheit die europäische Einigung und die Erfolgsaussichten des schwerwiegenden Reformprozesses in Osteuropa.»¹⁰⁹

Die Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Jutta Oesterle-Schwerin, wies den von Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November 1989 verkündeten Zehn-Punkte-Plan zurück, formulierte eine entschiedene Absage an jede «Wiedervereinigung» Deutschlands und legte der offiziellen Bonner Politik eine «unerträgliche Überheblichkeit» sowie eine «Heim ins Reich»-Mentalität zur Last.¹¹⁰ Die Bundestagsfraktion der Grünen forderte in diesem Kontext in einem Entschließungsantrag die zwingende Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR und widersprach gleichzeitig jeder Spekulation über die Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Nationalstaates in den Grenzen von 1937 «jetzt und in Zukunft».¹¹¹ AL-Politiker*innen verlangten, die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen und zu respektieren, und lehnten «die neuen nationalen Töne der Wiedervereinigungsrhetorik» ab.¹¹² Die AL veranstaltete am 9. Dezember 1989 in Westberlin eine Demonstration «Gegen die BRDigung der DDR».¹¹³

¹⁰⁷ Erklärung des Bundesvorstands der Grünen: Es geht um Demokratie und um das gemeinsame europäische Haus, nicht um Wiedervereinigung (13.11.1989). Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (AGG), Signatur: B.I.1. Die Grünen (1980–1993) – 574.

¹⁰⁸ Bundeshauptausschuss der Grünen, 22.10.1989: Resolution zur Entwicklung in der DDR. AGG, Signatur: B.I.1. Die Grünen (1980–1993) – 258.

¹⁰⁹ Vgl. Neues Deutschland, 22.1.1990.

¹¹⁰ Vgl. UZ – Unsere Zeit, 29.11.1989.

¹¹¹ Vgl. Entschließungsantrag der Fraktion Die Grünen zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990, hier: Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes – Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5554, 11/5581 – Deutscher Bundestag, Drucksache 11/5936 vom 30.11.1989, S. 1.

¹¹² Vgl. Neues Deutschland, 7.12.1989.

¹¹³ Vgl. taz – die tageszeitung, 9.12.1989; Neues Deutschland, 11.12.1989.

Mehrheitlich plädierten Die Grünen erneut für die Auflösung der «Zentralen Erfassungsstelle für Gewaltverbrechen der DDR» in Salzgitter.¹¹⁴ Sie wandten sich gegen ein «Offenhalten der deutschen Frage» und forderten eine entsprechende Präambel-Änderung des Grundgesetzes der BRD.¹¹⁵ In der Debatte des Bundestages zum Bericht Bundeskanzler Kohls zur «Lage der Nation» am 8. November 1989 bezeichnete die Fraktionssprecherin der Grünen, Antje Vollmer, die Diskussion über die «Wiedervereinigung» der beiden deutschen Staaten als «historisch überholter denn je» und verlangte den Verzicht «auf unsere nationalstaatlichen Omnipotenzphantasien».¹¹⁶

Die Abgeordnete Siggi Frieß, die für die Westberliner AL im Deutschen Bundestag saß, verlangte die Anerkennung der Zweistaatlichkeit sowie eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes und beantragte, das sogenannte Innerdeutsche Ministerium abzuschaffen. Es sei «ein Kalter-Krieg-Ministerium, ein Ministerium allein für die ideologische Aufrüstung, für Gebiets- und Alleinvertretungsansprüche, für die Obhutspflicht eines deutschen Staates, nämlich des bundesdeutschen, über den anderen deutschen Staat».¹¹⁷ An die Abgeordneten von CDU/CSU, FDP und SPD gewandt, sagte Frieß in ihrer Bundestagsrede am 28. November 1989: «Sie wollen die Ablösung einer stalinistischen durch eine kapitalistische Herrschaft [...]. Ihr Ziel ist die politische und wirtschaftliche Übernahme der DDR. [...] Die kapitalistische Marktwirtschaft soll ihr Comeback in der DDR finden.»¹¹⁸ Siggi Frieß erklärte, warum für Die Grünen die Teilung in zwei deutsche Staaten immer noch Sinn habe: «Gerade aus geschichtlicher Verantwortung haben wir keinerlei Interesse an einer Wiedervereinigung.» Das Deutsche Reich, aus Kriegen hervorgegangen, habe in 75 Jahren zwei Weltkriege ausgelöst. «Wir wollen keine Bedrohung mehr für andere Länder sein, heute nicht und nicht in Zukunft.»¹¹⁹

Der Bundeshauptausschuss der Grünen wandte sich gegen jeden Versuch, wirtschaftliche Hilfen «als Druckmittel zur Verwandlung der DDR in eine ökonomische Filiale der

¹¹⁴ Vgl. Erklärung des Bundesvorstands der Grünen: Es geht um Demokratie und um das gemeinsame europäische Haus, nicht um Wiedervereinigung, 13.11.1989.

¹¹⁵ Vgl. Neues Deutschland, 25./26.11.1989.

¹¹⁶ Antje Vollmer in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 173. Sitzung (Plenarprotokoll 11/173), Bonn, 8.11.1989, S. 13031 f.

¹¹⁷ Siggi Frieß in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 177. Sitzung (Plenarprotokoll 11/177), Bonn, 28.11.1989, S. 13542.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd., S. 13543.

Bundesrepublik einzusetzen».¹²⁰ Ralf Fücks, Sprecher des Bundesvorstands der Grünen, forderte auf dem Perspektivenkongress seiner Partei Mitte November 1989 alle Fortschrittskräfte in der BRD auf, die Eigenständigkeit des «historischen Experiments» DDR «gegenüber der Dampfwalze westlicher Wirtschaftsmacht zu verteidigen».¹²¹ In einem Artikel in der *Frankfurter Rundschau* verlangte er in diesem Kontext: «Der schleichenden Einverleibungsstrategie konservativer Kräfte, erst wirtschaftlich, dann politisch die DDR in den Griff zu bekommen, muß eine linke, zukunftsorientierte, gleichberechtigte deutsch-deutsche Alternative entgegengestellt werden.»¹²² Die DDR dürfe nicht zu einer «Medien- und Parteikolonie» der BRD werden, unterstrich Fücks dann Mitte Dezember 1989 in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk.¹²³ Mit Blick auf mögliche wirtschaftliche Änderungen in der DDR warnte Waltraud Schoppe (MdB der Grünen) vor einer «schleichenden Wiedervereinigung».¹²⁴

Der Bundesvorstand der Grünen warf der CDU/CSU vor, die «Belebung großdeutscher Nationalgefühle» zu betreiben. Wer darauf setze und von der «Einheit des Vaterlandes» schwadroniere, verletze das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in der DDR.¹²⁵ Die damalige Bundesvorstandssprecherin der Grünen, Verena Krieger, warnte Mitte November 1989 vor all jenen in der BRD, die ihr Wiedervereinigungssüppchen auf der Flamme der Demokratiebewegung in der DDR kochen wollten.¹²⁶ Gegen revanchistische Kräfte gewandt, erklärte Hannes Kempmann, Landtagsabgeordneter der Grünen in Niedersachsen, wer die «Wiedervereinigung» proklamiere und die polnische Westgrenze infrage stelle, betätige sich als politischer Brandstifter.¹²⁷

Auch in dieser Phase der Geschichte blieb für Die Grünen und für die Westberliner AL die Lösung der deutschen Frage in einen größeren europäischen bzw. weltpolitischen Rahmen

¹²⁰ Bundeshauptausschuss der Grünen: Resolution zur Entwicklung in der DDR, 22. 10.1989.

¹²¹ Zit. nach: Berliner Zeitung, 20.11.1989.

¹²² Fücks, Ralf/Ludmann, Olaf: «Von nationalstaatlichen Oberbegriffen kann man Abschied nehmen»: Wie in alltäglichen Schritten ein Miteinander der beiden deutschen Staaten zu entwickeln ist. Zur Diskussion bei den Grünen, in: *Frankfurter Rundschau*, 17.11.1989.

¹²³ Vgl. UZ – Unsere Zeit, 21.12.1989.

¹²⁴ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.11.1989.

¹²⁵ Vgl. Erklärung des Bundesvorstands der Grünen: Es geht um Demokratie und um das gemeinsame europäische Haus, nicht um Wiedervereinigung (13.11.1989).

¹²⁶ Vgl. *Neues Deutschland*, 14.11.1989.

¹²⁷ Vgl. ebd., 16.10.1989.

eingebettet. In eine gemeinsame Sitzung der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag und der Westberliner AL am 21. November 1989 brachte die AL ein Positionspapier mit dem Titel «Offene Grenzen – Berlin (West) als KSZE-Stadt. Für eine Sonderkonferenz der KSZE in Berlin (West)» ein.¹²⁸ Darin sprach sich die AL für die Einberufung einer KSZE-Sonderkonferenz in Westberlin aus, die einen Schlussstrich unter die Nachkriegsentwicklungen ziehen, die Zweistaatlichkeit Deutschlands zur Grundlage der Politik machen und den Status von Berlin (West) europäisieren sollte. Eine solche Europäisierung hätte nach Auffassung der AL bedeutet, dass Ostberlin als Hauptstadt der DDR und Westberlin als faktischer Bestandteil des politischen wie wirtschaftlichen Systems der BRD anerkannt worden wäre. Äußere Sicherheit, territoriale Integrität und der Zugang nach Berlin (West) sollten nicht nur von den vier Alliierten, sondern auch von anderen KSZE-Staaten garantiert und die Statusrechte der vier Mächte in einem «KSZE-Status» aufgehoben werden.¹²⁹ Grüne und AL sprachen sich entschieden gegen einen neuen deutschen Einheitsstaat als Machtzentrum in Europa aus.¹³⁰ Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Helmut Lippelt forderte, den KSZE-Prozess zu beschleunigen und damit zu einer europäischen Friedensordnung zu kommen, die die Qualität eines Friedensvertrages habe.¹³¹

Anfang Dezember 1989 schrieben Antje Vollmer, die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, und ihr Mitarbeiter Bernd Ulrich in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau*: «Die Mauer ist gefallen, endlich. Und trotzdem plädieren wir weiterhin für eine berechenbare Distanz, für eine friedenserhaltende Grenze, für eine sanfte Zweistaatlichkeit. Der Grund dafür liegt in den historischen Erfahrungen mit dem einheitlichen deutschen Nationalstaat.»¹³² Die Autor*innen sprachen sich für einen Friedensvertrag aus, der von allen europäischen Staaten am Runden Tisch auszuhandeln sei. Dieser Friedensvertrag müsste die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Akzeptanz zweier deutscher Staaten als gleichberechtigte Vertragspartner enthalten. Er müsste ferner die ausstehende Entschädigung für die noch lebenden NS-Opfer auf schnelle und unbürokratische Weise und die noch offenen

¹²⁸ Vgl. 21. November 1989: Fraktionssitzung mit der AL-Berlin, in: Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990, Zweiter Halbband, S. 816.

¹²⁹ Vgl. Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz. Fraktion im Abgeordnetenhaus [von Berlin West]: Offene Grenzen – Berlin (West) als KSZE-Stadt. Für eine Sonderkonferenz der KSZE in Berlin (West). AGG, Signatur: B.II.1 – Die Grünen im Bundestag (1983–1993) – 2149 (1/2).

¹³⁰ Vgl. Neues Deutschland, 23.11.1989.

¹³¹ Vgl. ebd.

¹³² Vollmer, Antje /Ulrich, Bernd: «Heißt die heimliche Hauptstadt Europas Prag oder Paris?» Plädoyer für eine sanfte Zwei-Staatlichkeit und eine neue Nationalstaatlichkeit, in: Frankfurter Rundschau, 2.12.1989.

Reparationszahlungen, die im Londoner Schuldenabkommen nur zum Zwecke der Erholung der deutschen Wirtschaft zurückgestellt wurden, regeln. Schließlich müsste in einem solchen Friedensvertrag der Abzug aller Truppen von fremden Territorien vereinbart werden.¹³³

Mitte Januar 1990 wandten sich Die Grünen gegen die laufende Einmischung politischer Kräfte der Bundesrepublik in die Auseinandersetzungen innerhalb der DDR um einen eigenen politischen und ökonomischen Weg.¹³⁴ Antje Vollmer bezeichnete in einer Parlamentsdebatte ihre Partei als «die letzte verbliebene deutschlandpolitische Opposition im Deutschen Bundestag»¹³⁵ und warf Bundeskanzler Kohl vor, er benutze die Anerkennung der polnischen Westgrenze als Faustpfand für das Aushandeln der deutschen Einheit.¹³⁶ Der ehemalige General der Bundeswehr und Bundestagsabgeordnete der Grünen, Gerd Bastian, meinte in einem Interview: «Mein persönlicher Standpunkt ist, daß die Vereinigung nicht das vordringliche Ziel der Deutschen sein sollte. Deutschsprechende Menschen [...] können aus meiner Sicht durchaus in verschiedenen Staaten leben.»¹³⁷

Allerdings versuchte im Januar 1990 zumindest ein Teil der Grünen, Anschluss an die deutschlandpolitischen Mainstream-Debatten zu finden. Die «Aufbruch»-Gruppe, zu der auch Antje Vollmer und Ralf Fücks gehörten, legte Überlegungen zur «ökologischen Konföderation» in Deutschland vor, bestand allerdings (zunächst) weiterhin auf der deutschen Zweistaatlichkeit und der doppelten Staatsbürgerschaft.¹³⁸ Antje Vollmer wurde mit den Worten zitiert: «Wenn sich die Bürger der Bundesrepublik und der DDR jeweils souverän und mit gegenseitigem Vetorecht für einen einzigen deutschen Staat aussprechen, wird er eines Tages kommen.»¹³⁹ Insgesamt wurden Die Grünen aber von der deutsch-deutschen Entwicklung überrollt. Sie liefen dem historischen Prozess hinterher.¹⁴⁰ Statt zu agieren, reagierten sie nur noch auf den Gang der Dinge.

¹³³ Vgl. ebd.

¹³⁴ Vgl. Neues Deutschland, 20./21.1.1990.

¹³⁵ Antje Vollmer in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 188. Sitzung (Plenarprotokoll 11/188), Bonn, Donnerstag, den 18.1.1990, S. 14521.

¹³⁶ Vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 188. Sitzung (Plenarprotokoll 11/188), S. 14519.

¹³⁷ Militärblöcke – keine Existenzberechtigung, Interview mit Gerd Bastian, in: Neues Deutschland, 29.1.1990.

¹³⁸ Vgl. Die Welt, 20.1.1990.

¹³⁹ Zit. nach: ebd.

¹⁴⁰ Vgl. Kleinert, Hubert: Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992, S. 113.

Nachdem der Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, Anfang Februar 1990 sein Konzept «Für Deutschland einig Vaterland» vorgelegt hatte, in dem er einen schrittweisen, allmählichen Weg zu einem einheitlichen Deutschland skizzierte,¹⁴¹ verlagerte sich der Fokus in der deutschlandpolitischen Debatte der Grünen und der AL schrittweise von der mehrheitlichen Gegnerschaft in der Frage des Ob hin zur Frage des Wie einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Lediglich zur radikalen Linken gehörende Kräfte wie die Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Dorothee Piermont, wollten die deutsche Zweistaatlichkeit erhalten.¹⁴² Diese Gruppe sah in dem sich anbahnenden Vereinigungsprozess allein den zu bekämpfenden Vormarsch des westlichen Imperialismus und Kapitalismus und die «imperialistische Einverleibung» der DDR in die BRD. Sie war an zahlreichen Demonstrationen und anderen Aktionen gegen die deutsche Vereinigung beteiligt.¹⁴³ So machte sich die prominente Grüne Jutta Ditfurth die Losung «Nie wieder Deutschland» zu eigen¹⁴⁴ und gehörte zu den Initiator*innen des «Anachronistischen Zuges 1990», der mit dem Slogan «Brecht statt Deutschland über alles» auftrat.¹⁴⁵

Für die Mehrheit der Grünen ging es ab Februar 1990 darum, ein Zusammenwachsen beider deutscher Staaten zu ermöglichen und eine Sturzgeburt zu verhindern. Eine solche drohte nach ihrer Auffassung – zulasten der sozial Schwachen und der demokratischen Kräfte sowohl in der DDR als auch in der BRD. Die Eigenständigkeit der DDR sollte so lange wie möglich verteidigt werden. Die Bundestagsfraktion der Grünen plädierte dafür, «in einem geregelten Nebeneinander einen Prozeß des Zusammenwachsens in einem sich politisch integrierenden Europa zu organisieren [...]. Ein bloßes Überstülpen der BRD-Verhältnisse auf die DDR lehnen wir ab.»¹⁴⁶ Die Mehrheit der Fraktion sah in diesem Sinne in einer Sitzung am 6. Februar 1990 in einem deutschen Nationalstaat in der Mitte Europas kein «wünschenswertes Ordnungsprinzip».¹⁴⁷ Jürgen Maier, seinerzeit Mitglied des

¹⁴¹ Vgl. Sächsische Zeitung, 2.2.1990.

¹⁴² Vgl. Piermont, Dorothee/Fülberth, Georg/zum Winkel, Detlev: An die eingeschüchterten Freunde deutscher Zweistaatlichkeit, in: Neues Deutschland, 28.3.1990; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.3.1990.

¹⁴³ Vgl. Kleinert: Aufstieg und Fall der Grünen, S. 146 u. 181.

¹⁴⁴ Vgl. Wick: Die Mauer muss weg, S. 277.

¹⁴⁵ Vgl. taz – die tageszeitung, 15.11.1990.

¹⁴⁶ 6. Februar 1990: Beschluss der Fraktion Die Grünen: «Thesen zur Deutschlandpolitik», in: Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990, Zweiter Halbband, S. 879.

¹⁴⁷ Ein Antrag, der auf dieser Fraktionssitzung behandelt wurde, ging davon aus, dass durch die rasanten Entwicklungen seit dem 9. November 1989 die Grundlage für ein Festhalten an der Zweistaatlichkeit entfallen sei. «Dennoch folgt für uns nicht daraus, daß ein Nationalstaat in der Mitte Europas ein wünschenswertes

Bundesvorstandes der Grünen, meinte in diesem Zusammenhang: «Wir brauchen einen behutsamen Prozeß, der in eine europäische Lösung eingebettet sein muß.»¹⁴⁸

In der ersten Februarhälfte 1990 sprach sich der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Hessischen Landtag, Joschka Fischer, für eine Konföderation als ersten Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit aus. Seiner Auffassung nach müsse ein klares Nein zu jeder Form einer Deutschland-zuerst-Politik und eines deutschen Nationalismus die unverrückbare Grundlage einer deutschen Einheit sein.¹⁴⁹ Am 18. Februar 1990 erklärte auch der Bundeshauptausschuss der Grünen, dass eine Konföderation «heute und auf absehbare Zeit die bessere Alternative zur Eingemeindung der DDR in die BRD» sei. Die Grünen würden aus guten Gründen bei ihrer Gegnerschaft «gegen eine ‹Wiedervereinigung› als Anschluss der DDR an die BRD» bleiben.¹⁵⁰

Im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 erarbeitete die Fraktion Die Grünen im Deutschen Bundestag einen Antrag, in dem sie eine Volksabstimmung in der Bundesrepublik und in der DDR «zur Frage einer Konföderation oder Vereinigung der beiden deutschen Staaten» forderte. Falls sich eine Mehrheit für die Vereinigung entscheide, sollte eine Verfassunggebende Versammlung aus beiden deutschen Staaten gebildet werden. Ein Anschluss der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes an die BRD wurde von ihnen abgelehnt.¹⁵¹

Ordnungsprinzip für die beiden deutschen Staaten sein kann.» Bei 4 Enthaltungen stimmten 11 Abgeordnete für und 6 Abgeordnete gegen diesen Antrag. Vgl. Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987–1990, Zweiter Halbband, S. 872.

¹⁴⁸ Maier, Jürgen: Europäisches Deutschland statt deutsches Europa, Interview, in: Horizont 3/1990, Berlin (Ost) 1990, S. 8. – Ähnlich auch der AL-Politiker Frieder Otto Wolf. Vgl. Wolf, Frieder Otto: Der mögliche Beitrag von Institutionen europäischer Zusammenarbeit neben und außerhalb der EG. Eine erste Bestandsaufnahme, in: Arbeitsgruppe kritischer Ökonomen und Politikwissenschaftler aus BRD und DDR (Hrsg.): Wenn die D-Mark kommt ... Warnruf ökonomischer Vernunft, Hamburg/Berlin (West) 1990, S. 58.

¹⁴⁹ Vgl. Neues Deutschland, 8.2.1990.

¹⁵⁰ Bundeshauptausschuss der Grünen: Der konföderative Weg. Vorschlag für eine aktualisierte deutschlandpolitische Position der Grünen, 18.2.1990, S. 1. AGG, Signatur: B.I.1. Die Grünen (1980–1993) – 261.

¹⁵¹ Vgl. Antrag des Abgeordneten Häfner und der Fraktion Die Grünen: Volksabstimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten und verfassunggebende Versammlung statt Anschluß der DDR (Deutscher Bundestag, Drucksache 11/6719 vom 15.03.1990), S. 1/2. – Dirk Schneider schrieb in der Juni-Ausgabe der AL-Zeitung «Stachel»: «Mit dem Anschluss nach Art. 23 GG steigt das Deutsche Reich wieder aus seiner Gruft, in die es nach der Barbarei Hitlers versenkt worden war, und mit ihm wachsen wieder die deutschen Großmannsgelüste, Intoleranz gegenüber anderen Völkern und ganz akut die Ausländerfeindlichkeit.» Schneider, Dirk: Deutsche Einheit – mit der Brechstange, in: Stachel. Zeitung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz, Juni 1990, S. 1.

Diese Position fand ihren Niederschlag auch in einer «Deutschlandpolitischen Erklärung», die Die Grünen auf ihrer außerordentlichen Bundesversammlung vom 30. März bis zum 1. April 1990 in Hagen mit nahezu Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedeten.¹⁵² In dieser Erklärung wurde die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als Zäsur gewertet: «Es gibt jetzt eine demokratisch legitimierte Volksvertretung. Die Wahl war zugleich ein Votum für die schnelle Einheit. Das respektieren wir, auch wenn wir aus guten Gründen für eine andere Perspektive gestritten haben.»¹⁵³ Die Partei ließ damit ihre bisherige Forderung nach Erhalt der deutschen Zweistaatlichkeit ebenso fallen wie die noch im Februar 1990 verfochtenen Auffassungen über eine Konföderation der beiden deutschen Staaten. Die Grünen bekannten sich zur deutschen Einheit, die sie mitgestalten wollten. Allerdings sprachen sie sich erneut gegen einen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes aus und forderten stattdessen die gemeinsame Erarbeitung einer neuen Verfassung: «Eine gesamtdeutsche Demokratie wird ein neuer Staat sein und nicht eine um die DDR erweiterte BRD. Etwas Neues entsteht und dieses Neue bedarf einer eigenständigen Verfassung.»¹⁵⁴

Selbst wenn sich die DDR zu einem Beitritt zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes entscheiden sollte, sei ein verfassungsgebender Akt für die Konstituierung eines neuen deutschen Staates unverzichtbar, denn das Grundgesetz genüge für die Probleme des 21. Jahrhunderts in ökologischer und radikaldemokratischer Hinsicht nicht. «In der neuen Verfassung muß das Grundrecht auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ein Eigenrecht der Natur verankert werden. Die neue Verfassung wird die Demokratie- und Friedensverpflichtung einer deutschen Republik festzuschreiben haben, ebenso wie das Ziel zur europäischen Einigung und zur Überführung des vereinigten Deutschlands in einen europäischen Bund.»¹⁵⁵

Grüne und AL drängten darauf, dass von dem neuen deutschen Staat keine Gefahr für seine Nachbarstaaten ausgehen dürfe. Die AL verlangte, die Grenzen von 1990 in einer künftigen deutschen Verfassung festzulegen. Insbesondere sollte die polnische Westgrenze «ohne Wenn

¹⁵² Vgl. taz – die tageszeitung, 3.4.1990.

¹⁵³ Deutschlandpolitische Erklärung, in: grüner basis-dienst 3/1990, Sondernummer Bundesversammlung Hagen, Bonn 1990, S. 5.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Ebd. – «Wir wollen die Vereinigung im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung», hieß es in diesem Sinne auch in der deutschlandpolitischen Erklärung der zwölften Ordentlichen Bundesversammlung der Grünen vom Juni 1990 in Dortmund. Erklärung zum Staatsvertrag und zur Deutschlandpolitik, in: grüner basis-dienst 6/1990, Sondernummer BDK Dortmund, Bonn 1990, S. 27.

und Aber und ohne Verknüpfung mit anderen Themen» verbindlich anerkannt werden.¹⁵⁶ Der Bundeshauptausschuss der Grünen sprach sich Mitte Februar 1990 für eine Europäisierung der deutschen Frage aus.¹⁵⁷ Nach den Vorstellungen von Antje Vollmer sollte ein künftiges Gesamtdeutschland in ein gemeinsames politisches Bündnissystem von Ost und West, das an die Stelle der militärischen Blöcke von NATO und Warschauer Pakt treten müsse, eingebunden sein.¹⁵⁸ Alfred Mechttersheimer plädierte demgegenüber für eine «unbewaffnete Neutralität» eines künftigen Gesamtdeutschlands, die einerseits in der Verfassung dieses neuen Staates und andererseits in einem europäischen Sicherheitsvertrag festgeschrieben werden sollte. Zudem müsse der neue Staat politisch-ökonomisch in Gesamteuropa integriert werden.¹⁵⁹ Beide Varianten waren geeignet, den europäischen Nachbarvölkern die Angst vor einem einheitlichen deutschen Staat zu nehmen.

Scharfe Kritik übten Die Grünen und die AL am Staatsvertrag zwischen BRD und DDR über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und an der Art und Weise seines Zustandekommens. Dieser Vertrag bedeute den «Sturz der DDR in die Bundesrepublik».¹⁶⁰ Nach Auffassung von Antje Vollmer hatte der Staatsvertrag Ähnlichkeit mit einem Kolonialvertrag, der die DDR unterwerfe.¹⁶¹ Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Ulrich Briefs, nannte ihn einen «Kaufvertrag».¹⁶² Dirk Schneider schrieb, der Vertrag komme einem Diktat gleich.¹⁶³ Die Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag und die Fraktion Bündnis 90/Grüne in der DDR-Volkskammer lehnten in einer gemeinsamen Erklärung den Staatsvertrag «aus schwerwiegenden verfassungsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedenken und wegen der schweren sozialen Auswirkungen infolge der unverantwortlichen Terminsetzung für die Währungsunion» ab.¹⁶⁴

¹⁵⁶ Vgl. Neues Deutschland, 21.3.1990.

¹⁵⁷ Vgl. Bundeshauptausschuss der Grünen: Der konföderative Weg, 18.2.1990.

¹⁵⁸ Vgl. Neues Deutschland, 26.3.1990.

¹⁵⁹ Vgl. Mechttersheimer, Alfred: Militärische Neutralität – weshalb eigentlich nicht?, in: UZ – Unsere Zeit, 2.3.1990.

¹⁶⁰ Vgl. Neues Deutschland, 18.5.1990.

¹⁶¹ Vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 208. Sitzung (Plenarprotokoll 11/208), Bonn, Freitag, den 27. April 1990, S. 16408.

¹⁶² Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 11.6.1990.

¹⁶³ Vgl. Schneider: Deutsche Einheit, S. 1.

¹⁶⁴ Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 11.6.1990.

Die Staatsvertragsverhandlungen bezeichnete die AL-Fraktionsvorsitzende im Westberliner Abgeordnetenhaus Renate Künast als «grauenhaftes Spiel der Entmündigung der DDR» und den Vertrag als «Knebelungsvertrag».¹⁶⁵ Die Grünen protestierten gegen «Geist und Buchstaben» des Vertrages, bei dessen Ausarbeitung das Parlament und die Öffentlichkeit zu bloßen Statist*innen degradiert worden seien.¹⁶⁶ Zugleich bekräftigten Die Grünen ihr Nein zu raschen gesamtdeutschen Wahlen und plädierten nachdrücklich für eine gesamtdeutsche Verfassungsdebatte mit anschließendem Volksentscheid.¹⁶⁷ Die Vereinigung von BRD und DDR sollte als Anstoß für eine gesamtdeutsche Reformdiskussion genutzt werden.¹⁶⁸

Die Dortmunder Bundesversammlung der Grünen im Juni 1990 bezeichnete den Staatsvertrag über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als «ein Dokument der Einverleibung und des bloßen Anschlusses der DDR an die BRD».¹⁶⁹ Die Öko-Partei forderte, auf die wirtschaftlichen Belange der DDR mehr Rücksicht zu nehmen.¹⁷⁰ Sie lehnte «den Kurs der überstürzten Schnellvereinigung»¹⁷¹ ebenso ab wie vorgezogene gesamtdeutsche Wahlen.¹⁷² Allerdings hatten sich Die Grünen in Dortmund politisch «auf die deutsche Einheit eingestellt», wie die *Frankfurter Rundschau* kommentierte. «Nicht mit Begeisterung aber der realistischen Einschätzung, daß daran nichts mehr zu ändern ist.»¹⁷³ Der Prozess des «Zusammenwachsens der beiden Staaten» werde, wie ein Journalist der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb, von den Grünen – «widerwillig und mit dem Glauben, irgendwie doch recht gehabt zu haben – akzeptiert».¹⁷⁴ «Wir wollen die Vereinigung im

¹⁶⁵ Vgl. Neues Deutschland, 11.5.1990. – In der zweiten Juni-Hälfte 1990 kritisierte die AL den Staatsvertrag erneut mit starken Worten: Er sei auch in seiner nachgebesserten Fassung nicht nur mit «Mängeln» behaftet, sondern das «rücksichtslose Diktat des ökonomisch und politisch Stärkeren». Vgl. taz – die tageszeitung, 23.6.1990.

¹⁶⁶ Vgl. Neues Deutschland, 19./20.5.1990.

¹⁶⁷ Vgl. Frankfurter Rundschau, 28.5.1990; Neues Deutschland, 28.5.1990.

¹⁶⁸ Vgl. Frankfurter Rundschau, 07.6.1990.

¹⁶⁹ Erklärung zum Staatsvertrag und zur Deutschlandpolitik, S. 27.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 26/27.

¹⁷¹ Ebd., S. 27.

¹⁷² Vgl. Erklärung zur aktuellen Diskussion um gesamtdeutsche Wahlen, in: grüner basis-dienst 6/1990, Sondernummer BDK Dortmund, Bonn 1990, S. 25.

¹⁷³ Winter, Martin: Deutsche Frage und Existenzangst, in: Frankfurter Rundschau, 11.6.1990.

¹⁷⁴ Bannas, Günter: Die Grünen tun sich schwer mit Plänen einer Parteivereinigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.6.1990. – Auch der Realo und Fischer-Intimus Hubert Kleinert schrieb später: «Eine deutliche Mehrheit der Grünen akzeptierte im Verlaufe des ersten halben Jahres 1990 – mehr oder weniger zähneknirschend – die Deutsche Einheit.» Kleinert: Aufstieg und Fall der Grünen, S. 114.

Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung»,¹⁷⁵ hieß es in einer Erklärung des Dortmunder Parteitag. Eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands lehnten Die Grünen ab.¹⁷⁶

Die Grünen wandten sich gegen den Verlauf des deutsch-deutschen Einigungsprozesses, bei dem die Verhältnisse der alten BRD den fünf neuen Bundesländern einfach übergestülpt wurden. Daher stimmten im September 1990 die Abgeordneten der grünen Partei im Bundestag nahezu geschlossen gegen den Einigungsvertrag.¹⁷⁷ Der Entwurf des Einigungsvertrages, kritisierte der Bundestagsabgeordnete der Grünen Gerald Häfner, «liest sich wie eine Liste verpasster Chancen» bei der demokratischen Gestaltung des künftigen Deutschlands. Statt zu einer Vereinigung der Menschen komme es jetzt zu einer Vereinigung der Apparate.¹⁷⁸ Auf ihrem Sonderparteitag am 22. und 23. September 1990 in Bayreuth unterstrichen Die Grünen: «Der Einigungsvertrag ist ein Enteignungsvertrag.»¹⁷⁹

Auf diesem Parteitag bezeichnete Parteivorstandssprecher Christian Ströbele die Bonner Koalition als die Antreiber eines «neuen Nationalismus» und die Vereinigung Deutschlands als die «größte Landnahme» der westdeutschen Industrie seit der Kolonialzeit. Die Zustimmung der SPD zu den mit der DDR ausgehandelten Verträgen verglich er mit dem Votum der Sozialdemokraten für die Kriegskredite 1914.¹⁸⁰ Die Grünen forderten auf ihrer Bayreuther Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz erneut die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das vereinigte Deutschland, die «ausgehend vom Grundgesetz der BRD und vom Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR» entwickelt, öffentlich diskutiert und durch einen Volksentscheid in Kraft gesetzt werden sollte.¹⁸¹ In ihr sollten sowohl «Soziale

¹⁷⁵ Erklärung zum Staatsvertrag und zur Deutschlandpolitik, S. 27.

¹⁷⁶ Vgl. ebd., S. 26.

¹⁷⁷ Vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 226. Sitzung (Plenarprotokoll 11/226), Bonn, Freitag, den 20. September 1990, S. 17898. – Mit Ja stimmten lediglich die grünen Abgeordneten Wilhelm Knabe, Alfred Mechtersheimer und Heike Wilms-Kegel; Charlotte Garbe enthielt sich. Vgl. ebd.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 17822.

¹⁷⁹ Wir brauchen eine demokratisch legitimierte Verfassung, in: Die Grünen: Beschlüsse der außerordentlichen Bundesversammlung in Bayreuth, 22.-23.9.1990, Bonn 1990, S. 21.

¹⁸⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.9.1990.

¹⁸¹ Vgl. Wahlplattform, in: Die Grünen: Beschlüsse der außerordentlichen Bundesversammlung in Bayreuth, 22.-23.9.1990, S. 8.

Grundrechte mit einklagbaren Garantien» als auch das Verbot von Massenvernichtungswaffen festgeschrieben werden.¹⁸²

In den Debatten auf dem Parteikonvent wurden «Weltmachtträumereien», die insbesondere von einigen grünen Parteifreund*innen aus dem «Aufbruch»- und aus dem Realo-Lager kamen, klar in die Schranken gewiesen. Diese hatten öffentlich über wirtschaftliche und militärische Maßnahmen gegen den Diktator Saddam Hussein nachgedacht und meinten, ein einiges Deutschland könne doch kraft seiner neugewonnenen Stärke nicht untätig zusehen, wenn es in der Welt zu Konflikten wie in der Golf-Region komme.¹⁸³ Diese Ansichten würden an den Grundfesten der Grünen rütteln. Hier siegte das grüne Misstrauen gegenüber großdeutschen Machtallüren.¹⁸⁴

Die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Andrei S. Markovits und Philip S. Gorski analysierten treffend, dass sich für die meisten Grünen der Anschluss der DDR an die BRD «viel zu schnell, zu undemokratisch und vor allem zu sehr unter dem Diktat des Marktes [vollzog]. Er barg die Gefahr eines mächtigen Deutschlands in sich, das das restliche Europa aufgrund seiner ökonomischen Macht und seiner neugewonnenen demographischen, geographischen und politischen Stärke beherrschen könnte.»¹⁸⁵ Zudem sei die DDR für die Mehrheit der Mitglieder der Grünen im Laufe der Jahre «zu einem fremden Land geworden».¹⁸⁶

Im Bundestagswahlkampf 1990 übte Ralf Fücks als Spitzenkandidat massive Kritik an der eigenen Partei im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung: Sie hätte zu lange auf die

¹⁸² Vgl. Wir brauchen eine demokratisch legitimierte Verfassung, S. 21.

¹⁸³ Fraktionssprecherin Antje Vollmer sprach am 9. August 1990 im Deutschen Bundestag von der «neuen Rolle Deutschlands als einer Weltmacht» und davon, «daß wir Deutschen jetzt tatsächlich – das ist das Neue – Weltpolitik machen dürfen und daß offenbar die Welt nichts dagegen hat». Antje Vollmer in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 220. Sitzung [Plenarprotokoll 11/220], Bonn, Donnerstag, den 9. August 1990, S. 17401 und 17402. Ihr enger Mit-, Vor- und Nachdenker Bernd Ulrich schrieb in diesem Sinne in der *tageszeitung*, «auch wir Deutschen» müssten «etwas gegen die Invasion der Iraker tun». Die alte Arbeitsteilung – «die Amis fürs Größte und wir als ökonomische Bewährungshelfer» – sei zu Ende. Ulrichs Begründung: Die Deutschen seien «erstens eine Weltmacht wie die USA auch und zweitens durch 40 Jahre Demokratie und die demokratische Revolution in der DDR vor der Geschichte und der Weltöffentlichkeit normalisiert». Realo Udo Knapp formulierte ebenfalls in der *tageszeitung*, die Golfkrise würde die Gelegenheit schaffen, «eine internationale «Weltpolizei» zu etablieren». Auch das groß gewordene Deutschland könne nach Meinung von Knapp dieser «Weltfriedensverantwortung» nicht ausweichen. Zit. nach: Der Spiegel, Hamburg 1990, 3.9.1990, S. 31 f.

¹⁸⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.9.1990; Neues Deutschland, 25.9.1990.

¹⁸⁵ Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S.: Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997, S. 347.

¹⁸⁶ Ebd., S. 348.

Zweistaatlichkeit gesetzt.¹⁸⁷ Dagegen bekräftigte Christian Ströbele als Sprecher des Bundesvorstands der Grünen: «Unsere frühere Forderung nach eigenständiger Entwicklung in zwei konföderierten deutschen Staaten ohne eine Grenze war richtig im Interesse der Erhaltung der sozialen Sicherheit und der Selbstachtung der BürgerInnen der DDR, aber nicht durchsetzbar. Wir gehen von den Realitäten aus. Wir wollen aber eine andere Republik, eine demokratische, ökologische, multikulturelle, eine weltmachtunfähige Alternative zum Kohlschen Großen Deutschland.»¹⁸⁸

Als wohl letzten Ausdruck ihrer Aversion gegen ein vereinigtes Deutschland, in dem sie ein «neues Großdeutschland» aufsteigen sahen, machten Die Grünen die drohende Klimakatastrophe zum wichtigsten Thema ihres Wahlkampfes zur Bundestagswahl im Dezember 1990: «Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter.»¹⁸⁹ Die Partei signalisierte «in gewohnter Zeigefingerhaltung», dass «man die derzeitigen Sorgen und Befürchtungen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands ignorieren werde», kommentierte der Journalist Gerd Nowakowski einige Tage nach der Wahl die Niederlage der Grünen in der Tageszeitung *taz*. Ein wirkliches Verhältnis zu den deutsch-deutschen Umwälzungen habe «die ideologischste und zugleich mit dem größten Beharrungsvermögen ausgestattete deutsche Partei bis heute nicht entwickelt».¹⁹⁰ Der Parteienforscher Helmut Wiesenthal analysierte, dass den Grünen damals ein «konzeptioneller Rahmen» fehlte, «in dem sich eigene Beiträge zur Gestaltung einer sozial verträglichen und international akzeptablen Einheit begründen ließen».¹⁹¹

Vor dem Hintergrund eines Paradigmenwechsels in der Weltpolitik – der Ost-West-Gegensatz schwand mit dem Zusammenbruch des «real existierenden Sozialismus» im Osten Europas – scheiterte die Öko-Partei auf dem westlichen Wahlgebiet mit 4,8 Prozent der Wählerstimmen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.¹⁹² Damit entschied sich auch die seit dem Sommer 1989

¹⁸⁷ Vgl. Neues Deutschland, 20.9.1990.

¹⁸⁸ Ströbele, Hans-Christian: Liebe Wählerinnen, liebe Wähler, in: Bundesgeschäftsstelle der Grünen (Hrsg.): Grüne Zeiten, Bonn 1990, S. 3.

¹⁸⁹ Vgl. Klein, Markus/Falter, Jürgen W.: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003, S. 46.

¹⁹⁰ Nowakowski, Gerd: Zu lange an die Unverletzbarkeit geglaubt, in: *taz – die tageszeitung*, 10.12.1990.

¹⁹¹ Wiesenthal, Helmut: Programme, in: Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 117.

¹⁹² Vgl. Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999. Ereignisse, Personen, Daten, Frankfurt a. M. 1999, Spalte 903.

geführte innerparteiliche Debatte über die zukünftige Ausrichtung der Partei:¹⁹³ Die reformökologisch-bürgerrechtliche Orientierung siegte in der Folge über die linksökologisch-antikapitalistische.

Berlin, 20. August 2019

¹⁹³ Vor dem Hintergrund dieses Richtungsstreits fragte *Die Welt* Mitte Dezember 1990: «Wie soll die Partei nun aussehen, reformökologisch-bürgerrechtlich oder linksökologisch-antikapitalistisch?» *Die Welt*, 10.12.1990.